

vom Ratsbüro genehmigt
am: 22. Januar 2003
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der 1. und 2. Sitzung (Doppelsitzung)
vom Dienstag, 14. Januar 2003
16.00 - 18.00 Uhr 1. Teil
19.00 - 21.30 Uhr 2. Teil
Grossratsaal der Rathauslaube

Vorsitz: Ernst Spengler (SVP) Präsident 2003
Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
Stimmzähler: Paul Bösch (OeBS)
Herbert Distel (CVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 45 Mitglieder 1. Teil
Ratspräsident und 44 Mitglieder 2. Teil
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Christian Hablützel (SP)
Peter Neukomm (SP)
Thomas Neukomm (SP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Iren Eichenberger (OeBS)
Urs Tanner (SP)

Entschuldigt für den 1. Sitzungsteil: Theres Brambrink (FDP)

Entschuldigt für den 2. Sitzungsteil: Hans Peter Huber (SVP)
Peter Wullschleger (CVP)

Entschuldigt für den Schluss der Sitzung: Hans Ith (SVP)
Rainer Schmidig (EVP)
Edgar Zehnder (SVP)

Traktanden:

- 1. VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen** Seite 7
- 2. INTERPELLATION Thomas Neukomm (SP) -
Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg?**
vertagt infolge Erkrankung des Interpellanten
- 3. INTERPELLATION Peter Möller (GB) -
Erfahrungen mit Tempo-30-Zonen in der Stadt Schaffhausen** Seite 35
- 4. MOTION Roland Schöttle (FDP) -
Neunützung der Militärunterkunft Breite** Seite 48
- 5. MOTION Dr. Gertrud Walch (SVP) -
Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung** Seite 55

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

| | | |
|----------|---|-----|
| 09.04.02 | VdSR - Platzgestaltung Herrenacker | SPK |
| 20.06.02 | VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan | SPK |
| 20.08.02 | INTERPELLATION Thomas Neukomm (SP) - Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg? | |
| 16.09.02 | INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Verwendungszweck von Wahrzeichen | |
| 23.09.02 | VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat | SPK |
| 12.11.02 | MOTION Peter Neukomm (SP) Regelung der Abgaben der städtischen Werke | |
| 28.11.02 | INTERPELLATION Alfred Zollinger (SVP) bzw. GPK Rahmen- bzw. Landschaftsplan "Herblingertal" | |
| 28.11.02 | INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP) Kompetenzhoheit für die Veränderung von gültigen Bauzonenplänen im Industriequartier Herblingertal | |
| 17.12.02 | VdSR - Vergabe der Parzelle "Artilleriestr.", GB Nr. 6015 im Baurecht an die Klaiber Immobilien AG, 8200 SH | GPK |
| 17.12.02 | VdSR - Neubau von 5 Doppelkindergärten | SPK |
| 17.12.02 | VdSR - Anpassung der Stadtverfassung an das Gemeindegesetz | SPK |
| 07.01.03 | VdSR - Einlösung der Kaufoption für Aktien der "sasag Kabel- kommunikation AG", Stärkung der Marktposit. der Städt. Werke | GPK |
| 07.01.03 | VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion | SPK |
| 07.01.03 | VdSR - GB Nr. 870, Goldsteinstrasse Entwidmung, Landabtausch und Umzonung | GPK |
| 07.01.03 | MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU Einführung von Eintrittsgebühren im Munot und im Museum zu Allerheiligen | |
| 07.01.03 | MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU Einführung von Leihgebühren in der Stadtbibliothek | |

Kleine Anfragen von

| | | | |
|--------------------------|---|----------|---------|
| Peter Neukomm (SP) | Förderung des Wassersparens in der Stadt SH | 22.10.02 | 14/2002 |
| Peter Wullschleger (CVP) | Öffentliche Toilettenanlagen in der Stadt SH | 05.11.02 | 15/2002 |
| Urs Tanner (SP) | Bergier-Wanderausstellung nach Schaffhausen? | 01.12.02 | 16/2002 |
| Dr. Raphael Rohner (FDP) | Erneuerung bzw. Ergänzung der Museumsabteilung Industriegeschichte | 06.12.02 | 17/2002 |
| Hüseyin Palaz (OeBS) | Lehrstellen, Arbeitsplatz für Jugendliche | 17.12.02 | 18/2002 |
| Roland Schöttle (FDP) | Reorganis. Baureferat/Amtsstelle Chef Planungsamt | 13.01.03 | 1/2003 |
| Mehmet Ertogrul (SP) | Situation in den städtischen Schulen | 08.01.03 | 2/2003 |

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**Traktandum 1 VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage der SPK vom 4. Dez. 02 einschliesslich Schlussbericht und Ergänzungsbericht des Kulturreferenten vom 28. Mai bzw. 28. Nov. 02 mit **41 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt in zustimmendem Sinn Kenntnis vom Schlussbericht des Kulturreferenten und der Direktorin Museum zur Reorganisation der städtischen Kulturbereiche vom 28. Mai 2002 sowie vom Ergänzungsbericht vom 28. November 2002.
2. Die Vorlage des Stadtrates zur Reorganisation des Museums zu Allerheiligen vom 14. November 2000 wird als erledigt abgeschrieben.
3. Der Grosse Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Mittel für die Stellenanpassungen im Jahr 2002 im Budget aufgenommen sind und die Stellen gemäss bewilligtem Stellenplan ab 2003 budgetwirksam werden.
4. Die Spezialkommission beantragt, dass der mit der Vorlage vom 23.02.1999 geforderte Bericht des Kulturreferenten zu den städtischen Kulturbereichen jeweils im Geschäftsbericht des Stadtrates erscheint.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 INTERPELLATION Thomas Neukomm (SP) -
Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg?**

vertagt infolge Erkrankung des Interpellanten

**Traktandum 3 INTERPELLATION Peter Möller (GB) -
Erfahrungen mit Tempo-30-Zonen in der Stadt Schaffhausen**

Die Interpellation wird begründet, von SR Kurt Schönberger beantwortet und vom Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 4 MOTION Roland Schöttle (FDP) -
Neunützung der Militärunterkunft Breite**

Die Motion wird begründet, von SR Kurt Schönberger beantwortet und vom Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat **überweist die Motion mit 40 : 0 Stimmen mit folgendem, geänderten Wortlaut:**

"Der Stadtrat wird beauftragt:

1. eine Neunutzung des bisherigen Gebäudes "Militärunterkunft Breite" beim Schützenhaus neu zu überprüfen und eine solche anzustreben. Er soll dafür die vertraglichen Voraussetzungen mit dem bisherigen Vertragspartner regulieren.
1. dem Grossen Stadtrat in möglichst kurzer Zeit darüber Bericht und Antrag abzugeben."

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 5 MOTION Dr. Gertrud Walch (SVP) -
Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung**

Die Motion wird begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und vom Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat **überweist die Motion mit 40 : 0 Stimmen** mit folgendem, unveränderten Wortlaut:

"Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu stellen zu einer entsprechenden Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung."

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Ernst Spengler (SVP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Einen speziellen Willkommensgruss richtet er an das neue Ratsmitglied **Martin Egger (FDP)**. "Er hat nach Andi Tenger, Oskar Brütsch und Köbi Deppe als vierter Mandatsträger innerhalb von 2 Jahren - ohne mit einer Wimper zu zucken - auf dem "Schleudersitz" an der Ecke Platz genommen. Wir hoffen natürlich, dass ihm ein Schleudertrauma erspart bleibt und wünschen ihm viel Freude und Befriedigung in der neuen Aufgabe."

Antrittsrede des neuen Ratspräsidenten:

"Gestatten Sie mir bitte, dass ich zu Beginn der Sitzung noch ein paar Worte an Sie richte. Zuerst nochmals ganz herzlichen Dank für alle Eure ideenreichen Beiträge an der Wahlfeier vom 17. Dezember 2002, sowie für die vielen tollen Geschenke. Ich war so überrascht, dass ich kaum die richtigen Worte dafür fand. Darum nochmals allerseits ein herzliches Dankeschön!

Es ist üblich, dass der Rat an der ersten Sitzung eines neuen Jahres vom Bock herab mit einer längeren oder kürzeren präsidialen Rede beglückt wird. Wenn man schon einige Jahre in dieser illustren Gesellschaft mit dabei ist und Rückschau hält, fragt man sich, was von den Vorsätzen geblieben und von den Ratsschlägen befolgt worden ist. Auch hier gilt: Steter Tropfen höhlt den Stein. Folgendes Zitat möchte ich in Erinnerung rufen. Es war damals die Rede von "Global denken, lokal handeln." Formulieren wir es heute einmal so: "Global sehen und lokal handeln." Zum Ersten: Vergleichen wir unsere Situation mit derjenigen der Mitmenschen ennet der Grenze und weltweit, müssen wir eines feststellen:

Für das Grundbedürfnis Nahrungsmittel geben Herr und Frau Schweizer heute im Durchschnitt 8,5% des Einkommens aus, in Deutschland sind es gegen 15%, im sog. Land der unbegrenzten Möglichkeiten sind es um die 20%, und in vielen Teilen der Welt reicht es kaum oder gar nicht zum Überleben. Die Frage sei deshalb erlaubt: Wie gehen wir mit unserer bevorzugten Situation um? Werden nicht immer wieder neue Forderungen gestellt? Ist uns der Wohlstand zum Segen oder zum Fluch geworden?

Ist es nicht so, wie jemand kürzlich treffend formulierte: "Auf höchstem Niveau unzufrieden?" Was gehört doch heute alles zum vermeintlichen Existenzminimum? Wir werden nicht darum herum kommen - und damit komme ich zum lokalen Handeln -, unsere Ansprüche zu mässigen. Das beinhaltet auch unsere Erwartungen gegenüber dem Gemeinwesen, sonst treiben wir unseren Staat mit einer wachsenden Anspruchsmentalität in den finanziellen Ruin. Wir können als Parlament einer kleinen Provinzstadt keine grossen Würfe lancieren, aber das Umdenken muss an der Basis beginnen, so wie es ein wirklich Grosser einmal ausgedrückt hat: "Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland!" Sorgen wir also dafür, dass wir unseren Nachkommen ein geordnetes Haus hinterlassen, dann ist ein kleiner Anfang gemacht.

Für die Ratsarbeit in diesem Jahr wünsche ich mir engagierte Debatten. Sie dürfen auch sachlich hart sein. Es braucht die Vielfalt der besten Ideen und einzig richtigen Meinungen. Wir sind schliesslich kein Marionetten-Kopfnickergremium. Profilierungs-Neurosen und ideologische Grabenkämpfe sind der Sache jedoch nicht dienlich und deshalb verpönt. Vor allem aber sollen die Diskussionen geprägt sein von der Achtung der persönlichen Integrität des politischen Gegenüber, auch wenn vielleicht einmal skurrile Meinungen vorgebracht werden. Denken wir aber immer wieder daran, was wir hier beschliessen, sind Bausteine am Haus, das wir einmal übergeben.

Ich hoffe auf ein erfolgreiches, auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Baujahr. Lasst uns in diesem Sinne an die Arbeit gehen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:

Geschäfte, welche am 17. Dez. 2002 dem Rat als Eingang gemeldet, aber noch zugewiesen werden müssen:

**17.12.02 *VdSR - Vergabe der Parzelle 'Artilleriestr.', GB Nr. 6015
im Baurecht an die Klaiber Immobilien AG, 8200 SH***

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

(Das Geschäft ist dringlich und soll daher - Verabschiedung durch die GPK vorausgesetzt - als Geschäft Nr. 3 an der GrSR-Sitzung vom 18. Feb. 03 beraten werden.)

17.12.02 *VdSR - Neubau von 5 Doppelkindergärten*

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft einer 13er SPK zur Vorberatung zuzuweisen. Einladende Partei ist die SVP.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Zusammensetzung der SPK

SP: Susanna Freivogel, Mehmet Ertogrul, Mariann Keller, Kurt Zubler

FDP/CVP: Dieter Amsler, Martin Egger, Roland Schöttle, Theresia Derksen

SVP/EDU: Hans Peter Huber, Edgar Zehnder, Werner Schlatter

OeBS/EVP/GB: Lotti Winzeler, Rainer Schmidig

1. Sitzung: 21. Feb. 2003, 17.00 Uhr

17.12.02 VdSR - Anpassung der Stadtverfassung an das Gemeindegesetz

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft einer 7er SPK zur Vorberatung zuzuweisen. Einladende Partei ist die SP.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SP: Peter Neukomm, Urs Tanner
FDP/CVP: Peter Wullschleger, Raphaël Rohner
SVP/EDU: Josef Eugster, Erwin Sutter
OeBS/EVP/GB: Peter Möller
1. Sitzung: 17. Feb. 2003, 17.00 Uhr

Neu eingegangene Geschäfte:

07.01.03 VdSR - Einlösung der Kaufoption für Aktien der 'sasag Kabelkommunikation AG'; Stärkung der Marktposition der Städt. Werke.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

07.01.03 VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft einer 13er SPK zur Vorberatung zuzuweisen. Einladende Partei ist die OeBS.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SP: Wilhelm Hefti, Peter Kämpfer, Peter Neukomm, Andres Bächtold
FDP/CVP: Thomas Hauser, Roland Schöttle, Ernst Gründler, Herbert Distel
SVP/EDU: Christian Meister, Alfred Zollinger, Josef Eugster
OeBS/EVP/GB: Hüseyin Palaz, Alfons Cadario
1. Sitzung: 10. Feb. 2003, 17.00 Uhr

**07.01.03 VdSR - GB Nr. 870, Goldsteinstrasse
Entwidmung, Landabtausch und Umzonung**

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen.

(Das Geschäft ist dringlich und soll daher - Verabschiedung durch die GPK vorausgesetzt - als Geschäft Nr. 2 an der GrSR-Sitzung vom 18. Feb. 03 beraten werden.)

MOTIONEN:

**07.01.03 MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU
Einführung von Eintrittsgebühren im Munot und im Museum zu
Allerheiligen**

**07.01.03 MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU
Einführung von Leihgebühren in der Stadtbibliothek**

Die beiden Vorstösse werden auf die Tagesordnung vom 18. Feb. 2003 gesetzt.

Kleine Anfragen:

Roland Schöttle (FDP) Reorganis. Baureferat/Amtsstelle Chef Planungsamt 13.01.03 1/03

Mehmet Ertogrul (SP) Situation in den städtischen Schulen

08.01.03 2/03

Beantwortet wurde vom SR mit Datum vom 7. Jan. 2003 die Kleine Anfrage von Hüseyin Palaz (OeBS) Sasag AG Digital Paketprogramm 10.09.02 13/2002

Weiter liegt an den Pulten auf:

Einladung der Senioren-Universität Schaffhausen zum **Referat von Otto Stich: "Was mich heute bewegt"** im Park Casino SH, Mo 20. Januar 2003, 14.30 Uhr

PROTOKOLL

Die **Ratsprotokolle Nr. 17/18 vom 10. Dez. 02 bzw. 19 vom 17. Dezember 02** sind vom Ratsbüro genehmigt worden. Sie liegen heute zur Einsichtnahme beim Ratssekretär auf.

Anmerkungen werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Die Behandlung von Punkt 2 der Tagesordnung "INTERPELLATION Thomas Neukomm (SP) - Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg? entfällt infolge Erkrankung des Interpellanten.

Bernhard Egli (OeBS) äussert sich zu den Punkten 8 und 9 der heutigen Tagesordnung - INTERPELLATION Alfred Zollinger (SVP) bzw. GPK Rahmen- bzw. Landschaftsplan "Herblingertal" und INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP) Kompetenzhoheit für die Veränderung von gültigen Bauzonenplänen im Industriequartier Herblingertal.

"Ich finde es weder sinnvoll noch speditiv, wenn wir Vorstösse im Rat behandeln, deren Inhalt bereits Gegenstand von Beratungen in einer SPK ist (Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan). Wenn wir diese Vorstösse hier behandeln, so machen wir quasi eine 50-köpfige Kommissionsarbeit. Ich möchte anregen, dass sich das Ratsbüro überlegt, ob man diese Vorstösse zurückstellen und zusammen mit der Beratung der VdSR "Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan" traktandieren soll.

Ratspräsident E. Spengler nimmt diesen Wunsch entgegen.

Bernhard Egli (OeBS) nimmt im weiteren Bezug auf das Traktandum 4 MOTION Roland Schöttle (FDP) - Neunützung der Militärunterkunft Breite. Er kritisiert den Motionär bezüglich dessen Vorstosses, weil ein anderes Mitglied des Rates - Alfons Cadario (EVP) - bereits früher mittels einer Interpellation in dieser Sache aktiv geworden ist.

Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

Traktandum 1 VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen

EINTRETENSDEBATTE

Annina Keller (OeBS) tritt bei diesem Geschäft in den Ausstand.

Das Geschäft wurde in einer SPK vorberaten.

Als Unterlagen für die heutigen Beratungen dienen folgende Papiere:

- Schlussbericht des Kulturreferenten vom 28. Mai 2002
- Ergänzungsbericht des Kulturreferenten vom 28. Nov. 02
- Vorlage der SPK vom 4. Dez. 02 mit den Anträgen

Susanna Freivogel (SP) Präsidentin der SPK *

"Es hat sehr lange gedauert, bis diese Vorlage nun im GrSR beraten wird.

Erlauben Sie mir deshalb, dass ich, bevor ich mich zu Inhalt und Kommissionsberatungen äussere, kurz die Geschichte der Vorlage rekapituliere.

Die Vorlage "Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes" vom 14.11. 2000 geht auf eine Forderung der GPK zurück, die in den Budgetdiskussionen wiederholt Präzisierungen und Transparenz in Bezug auf Mittelzuweisung und Personal verlangte.

Sie ist vom Stadtrat aber auch konzipiert als Zwischenbericht und Ergänzung der Vorlage vom 23.2.1999 „Neuorganisation der Städtischen Kulturpolitik“.

Die SPK hat die Vorlage in der Zeit bis zum 17. Mai 2001 an 4 Sitzungen beraten, hat dann aber einstimmig beschlossen, die Beratungen zu sistieren, bis der neue Stellenplan vom GrSR genehmigt und von den Verantwortlichen des Kulturreferates ein Bericht über die finanzielle und personelle Entwicklung im Kulturbereich vorliegt. Der Kulturreferent hat diesen Bericht am 28. Mai 2002 vorgelegt. Er wurde an einer weiteren Sitzung der SPK beraten. Aufgrund der damaligen Beratung ist Ihnen die erste Kommissionsvorlage vom 15. August 2002 zugegangen. Bekanntlich wurde das Geschäft traktandiert und hätte an der GrSR-Sitzung vom 12. November 2002 behandelt werden sollen.

Die Vorkommnisse um den Rücktritt der Museumsdirektorin/städt. Kulturbeauftragten haben jedoch Fragen zur Arbeitsbelastung und zu der Doppelfunktion aufgeworfen. An einer vom SR initiierten Sitzung der SPK wurde ein Ergänzungsbericht zur Arbeitsbelastung und Doppelfunktion verlangt. Dieser wurde an einer weiteren Sitzung der SPK diskutiert. Ihnen liegt deshalb mittlerweile eine zweite Kommissionsvorlage mit Datum vom 4. Dezember 2002 vor, deren Anträge ich Ihnen zum Schluss verlesen werde.

Die Vorlage des SR Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes vom 14.11.2000 beschreibt zuerst die Veränderungen, die aufgrund der Vorlage 99 bereits stattgefunden haben.

Die wichtigsten sind:

- Einsetzung des Kulturrates als Beratungsorgan des SR,
- Zusammenlegung von Museum und Kulturdienst und
- die Reorganisation des Museums mit Einsetzung von 3 Ressortleitenden unter der Führung der Museumsdirektorin.

Im weiteren präzisiert die Vorlage (aufgrund der Forderung der GPK anlässlich der Budgetdiskussion vom 17.11.99) die Mittelzuweisung und nennt die weiteren Ziele der Neuorganisation:

- Verbesserung der Besucherorientierung (Museumspädagogik),
- die Profilierung als Mehrspartenmuseum,
- eine reduzierte Ausstellungstätigkeit zu Gunsten Substanz erhaltender Massnahmen
- die Behebung der Defizite in den Bereichen Sicherheit, Führungsstrukturen und Kostentransparenz
- und die Vereinheitlichung und Anpassung der Verträge mit museumsnahen Vereinigungen und Stiftungen.

Aufgezeigt werden in der Vorlage auch die Entwicklung der Besoldungs- und Lohnpositionen im Kulturbereich der Jahre 1998 - 2001. Der Überblick über die Entwicklung der realen Salärkosten ist aufgrund verschiedener Kostenstellen und Konten schwierig. Die Salärkosten setzen sich aus vier Positionen zusammen, nämlich:

- ◆ Besoldungen (gemäss Stellenplan)
- ◆ Löhne
- ◆ Aufträge an Dritte/Kuratoren sowie
- ◆ Rückerstattungen und salärwirksame Beiträge Dritter.

Die Vorlage weist aus, dass bei den bereinigten Salärkosten zwischen 1998 - 2001 von einer Kostensteigerung von 11,9% im Kulturbereich (Museum, Kulturdienst, Theater) ausgegangen werden muss.

Im weiteren stellt die Vorlage dar, wie im Hinblick auf mehr Transparenz und als Vorbereitung auf WoV die Kontierung mit der Zentralverwaltung neu geregelt wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Vorlage ist die Übersicht über die Stellen. Es geht dabei zum einen um die Bereinigung der historisch gewachsenen Stellensituation. Ziel ist es, die seit Jahren bestehende Intransparenz und Inkonsistenz der Stellen im Museum weiter zu bereinigen und auch sogenannte versteckte Stellen zu Handen eines real aufwandbezogenen Budgets darzustellen. Zum andern geht es bei der Übersicht aber auch um die durch die Neuausrichtung bedingten Anpassungen. So viel zum Inhalt der Vorlage.

An der 1. Sitzung der SPK wurde einstimmig Eintreten auf die Vorlage beschlossen, und es war auch aus allen Voten ein klares Bekenntnis zum Museum heraus zu hören. Allen Beteiligten war klar, dass es sich bei dieser Vorlage um ein sehr komplexes Geschäft und um eine Art Vergangenheitsbewältigung handelt. Klar war auch, dass für die Schwierigkeiten nicht der Kulturreferent und die jetzige Museumsdirektorin verantwortlich gemacht werden können.

Unbestritten auch, dass der Zuwachs an Fläche des Museums von 2400 m² in der Kammgarn für die Sammlung Ebnöther, für Wechselraum und Einlagerungen mehr Personal bedingt.

Die SPK hat an ihrer ersten Sitzung beschlossen, den Titel der Vorlage auf „Reorganisation des Museums zu Allerheiligen“ zu ändern, da die Integration des Kulturdienstes ja bereits mit der Vorlage 99 behandelt wurde, wie übrigens auch - das sei hier nur am Rande vermerkt - die Schaffung der Doppelfunktion Museumsdirektor/In / Kulturbeauftragte/r.

Nach einer Führung durch das alte Depot Naturgeschichte, das ausgebaute Graphische Kabinett sowie durch den Vorbereitungsraum und das Depot der Sammlung Ebnöther standen in der Detailberatung an der 2. Sitzung die Museumspädagogik, die Ausstellungstätigkeit, die Partnerorganisationen, das Sponsoring und die Entwicklung der Lohnkosten im Mittelpunkt der Diskussion.

Die Entwicklung der Lohnkosten wurde auch an der 3. Kommissionssitzung intensiv diskutiert. SR Feurer wies darauf hin, dass bei der Erhöhung um 11,9% auch die für 2001 *budgetierten* 3 x 20 Stellenprozente sowie 2 Praktikanten-Stellen enthalten sind und erklärte sich bereit, die Gründe für die Kostensteigerung nochmals detailliert aufzulisten.

Gefordert wurde von mehreren Kommissionsmitgliedern eine Art Kostenbremse in dem Sinne, dass die Absicht erklärt würde, mit dem bereinigten Personalbestand zurecht zu kommen.

Kontrovers diskutiert wurde an der Sitzung das Thema Eintrittspreise im Museum. Fest steht, dass seit 2001 für sämtliche Wechselausstellungen Eintritt erhoben wird und eine Gebührenordnung für Dienstleistungen des Museums an Dritte, z.B. das Vermieten von Räumen, erarbeitet wird.

An der 4. Kommissionssitzung legte SR Feurer die von der SPK gewünschte Auflistung der Kostensteigerung und den Stellenplan der Bereiche Museum - Kultur - Theater vor und wies darauf hin, dass die in der Vorlage angekündigte Bereinigung des Stellenplans (Seite 12, Punkt 6 der stadträtlichen Vorlage vom 14.11.2000) in Zusammenarbeit mit dem Personaldienst mittlerweile durchgeführt worden sei. In der Diskussion zeigte sich, dass gleichwohl noch Verständnisprobleme vorlagen, weshalb die Kommission auf Antrag von SR Feurer einstimmig beschloss, die Vorlage zu sistieren, bis der neue Stellenplan vom GrSR genehmigt und die Verantwortlichen des Kulturreferates nach Abschluss der Reorganisation einen Bericht über den städtischen Kulturbereich in finanzieller und personeller Hinsicht vorlegen. Anliegen der SPK war es, dass der Stellenplan übersichtlich aufgebaut und die Vertragssituationen klar geregelt werden.

Die Kommission war sich einig, dass mit der Vorlage Reorganisation des Museums zu Allerheiligen vom 14.11.2000 grundsätzlich die gewünschte Transparenz über die Mittelzuweisung, die neue Kontenführung und über die Neuausrichtung des städtischen Kulturbereichs erreicht worden ist.

Ich habe Ihnen dies und den Beschluss der SPK im GrSR an der Sitzung vom 22. Mai 2001 im Sinne einer Kommissionserklärung mitgeteilt, und dabei auch dem Kulturreferenten und der Direktorin des Museums/städt. Kulturbeauftragten das volle Vertrauen der Kommission für die bisher geleistete Arbeit ausgesprochen.

Der neue Stellenplan wurde mit Beschluss des GrSR vom 19. März 2002 genehmigt und sieht für die Bereiche Kultur, Museum, Theater eine Erhöhung von insgesamt 125 Stellenprozenten vor.

Für den ganzen Bereich sind es neu 1370 %, ursprünglich waren es insgesamt 1245 %, für das Museum alleine 840 %.

(Gesamter Kulturbereich heisst ohne Stadtbibliothek und Stadtarchiv).

Die Zusammenführung im Stellenplan spiegelt die Neuorganisation im Kulturbereich wieder. Sie wird auch in dem von der SPK verlangten Schluss-Bericht des Kulturreferenten vom 28. Mai 2002 zur städtischen Kulturpolitik dargestellt.

Als bereits umgesetzte Ziele der Neuorganisation erwähnt dieser Schlussbericht:

- die Zusammenlegung der städtischen Kulturinstitutionen zur Abteilung „Kultur, Museum, Theater“
- die räumliche Integration des Kulturdienstes in den Verwaltungstrakt Museum.
- Stand der Reorganisation in Bezug auf Arbeits-Prozesse und Projekte. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Bereiche: Safety & Security, Collection Management, Stadtgeschichte bzw. Erneuerung des historischen Fachbereichs und selbstverständlich die erfolgreiche Umsetzung des Ausstellungsprojekts „Sammlung Ebnöther“.
- Alle Mitarbeitenden sind entweder mit Verfügung oder Verträgen angestellt und es werden regelmässig Zielvereinbarung und Leistungsbeurteilungen durchgeführt.
- Der Stellenplan wurde auf der Basis des vom GrSR genehmigten Sollstellenplans angepasst. Beigefügt ist dem Bericht ein Organigramm, das aufzeigt, welche Stellen wie finanziert werden.

Der Bericht weist bei den bereinigten Salärkosten von 1998 bis 2001 eine Kostensteigerung von 10.7% aus.

Ausserdem zeigt der Bericht auch den Stand der Reorganisation in Bezug auf:

- Finanzen und Controlling, Reglemente und Verträge, Kulturrat und Kulturförderung und schliesst mit einem Ausblick zu kurz- und mittelfristigen Zielsetzungen.

Der Bericht wurde an der 5. Kommissionssitzung beraten - und das nehme ich voraus - sehr wohlwollend und mit Dank aufgenommen. Besonders verdankt wurde das Organigramm, welches transparent gestaltet ist und einen einfachen Überblick erlaubt, welcher Mitarbeiter denn nun wie finanziert wird. Der Stellenplan im Anhang zum Bericht weist die bewilligten 1370 Stellenprozente aus. Als Lesehilfe des Stellenplans soll dienen, dass in der Funktionsspalte Sachbearbeiter/Ressortleiter I und II *zusammen* die vorgesehenen 510 % ergeben. Noch nicht entschieden ist, wer von den Kuratoren Fachbereichsleiter wird und im Stellenplan und im Organigramm nach "oben" rutscht.

Bei der ursprünglichen Fassung des Organigramms, die Ihnen vorliegt, hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Wenn Sie die Stellenprozente addieren, kommen Sie bei den Stellen des Stellenplans, also bei all jenen ohne Klammer auf insgesamt 1470 % und damit auf 100 % mehr als bewilligt. Im Bereich Kultur + Theater (hinterste Spalte) wurde bei einer 100 % - Stelle für eine Auszubildende schlicht und einfach eine Klammer vergessen. Dieser Tippfehler wurde in einer neuen Fassung korrigiert.

Diskutiert wurden an der Kommissionssitzung Fragen zur Gebührenordnung, erneut zum Erheben von Eintritt ins Museum, zum Kulturrat und zur Entwicklung des Stellenplans.

Zu denken gibt in diesem Zusammenhang, dass *Kernaufgaben der städtischen Kulturinstitute nicht vollständig durch den Stellenplan abgedeckt und zum Teil fremd finanziert werden müssen* und auch, dass die Kuratorenstellen für Universitätsabgänger mit einer Einstufung in BK 15 - 19 nicht sehr attraktiv sind.

Die Kommission hat an ihrer Sitzung einstimmig (bei zwei Abwesenheiten) den Schlussbericht des Kulturreferenten vom 28. Mai 2002 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen.

Die SPK hat ausserdem beschlossen, die Bezeichnung „städtische Kulturpolitik durch den Begriff „städtische Kulturbereiche“ zu ersetzen.

Ich denke, ich spreche im Namen aller Kommissionsmitglieder, wenn ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an den Museumsreferenten und die Direktorin des Museums/städt.Kulturbeauftragte für die geleistete, grosse Arbeit ausspreche und die Befriedigung darüber ausdrücke, dass die Vergangenheit bewältigt und die Zukunft der städtischen Kulturbereiche tatkräftig angegangen wird.

Die Nebengeräusche rund um den Rücktritt der Museumsdirektorin/städt.Kulturbeauftragten liessen jedoch Fragen zur Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden und Zweifel an der Konzeption der Doppelbelastung aufkommen.

Der zur Klärung dieser Fragen von der SPK geforderte Ergänzungsbericht des Kulturreferenten vom 28. November 2002 zeigt auf, dass der vom GrSR verabschiedete Stellenplan nur den Minimalbedarf, mit dem die Aufgaben im Kulturbereich sinnvoll bewältigt werden können, abdeckt. Die personellen Aufwändungen im Museumsbereich sind in den letzten fünfzehn Jahren aufgrund deutlich gestiegener Anforderungen bei der Sammlungsbewirtschaftung, Konservierung und Restaurierung erheblich grösser geworden. Gleichzeitig stiegen Management- und Vermittlungsaufgaben und auch die Erwartungshaltung des Publikums.

Die knappen Personalressourcen stellen eine latente Überbelastung der Mitarbeitenden und damit auch ein gewisses Frustrationspotential dar. *Die Arbeitsbelastung kann dank der grosszügigen Unterstützung der Sturzenegger-Stiftung, die zur Zeit 490 Stellenprozente und weitere projektbezogene Besoldungsaufwändungen übernimmt, abgefedert werden.*

Der Ergänzungs-Bericht erwähnt, dass sich SR und Stiftungsrat der Sturzenegger-Stiftung einig sind, dass die Entlastung des ordentlichen Museumsbudgets durch die Finanzierung von Stellen mit Geldern der Stiftung nur als Übergangslösung zu betrachten ist.

Zur Frage der Doppelbelastung zeigt der Bericht auf, dass die Mehrfachbelastung der jetzigen Stelleninhaberin zu einem grossen Teil durch die Reorganisations- und Aufbauaufgaben und durch drei mittlerweile realisierte Projekte (Sammlung Ebnöther, Leitbild der Stadt Schaffhausen, Festakt SH 500) bedingt sind.

Der Bericht erwähnt aber auch, dass die Doppelfunktion Museumsdirektorin/ städt. Kulturbeauftragte (Beschluss GrSR 14. September 1999) von museumsnahen Partnern und von einigen Mitarbeitenden in Frage gestellt wird.

Mit der Neuausschreibung der Direktorenstelle soll eine Klärung bezüglich Entflechtung der Doppelfunktion erreicht werden.

An der Sitzung der SPK vom 4. Dezember 2002 wurde der Bericht beraten. Bemängelt wurde, dass der Ergänzungsbericht doch einiges der Reorganisation bereits wieder in Frage stellt. Mehrfach geäussert wurde der Wunsch nach Ruhe im Museumsbereich und dass die Reorganisation für die nächsten zwei, drei Jahre Gültigkeit haben sollte.

Ungeklärt blieben die Fragen: wieviel Geld dem Kulturbereich in Zukunft zur Verfügung gestellt und wie die Mittel beschafft werden sollten.

In der Diskussion wies SR Feurer darauf hin, dass der Stellenplan auf jeden Fall eingehalten werde und sich der SR in der Zwischenzeit auch Gedanken über das „wie weiter“ gemacht habe. Die Direktor/Innen Stelle im Museum werde noch Ende Jahr, spätestens aber im Januar 03 ausgeschrieben. SR Feurer zeigte sich überzeugt, dass er in der Zwischenzeit mit der Unterstützung des Museumsteams in der Lage sei, den Betrieb im Museum aufrecht zu erhalten.

Die SPK hat den Ergänzungsbericht zu den städtischen Kulturbereichen vom 28. November 2002 (bei einer Abwesenheit) einstimmig genehmigt und stellt Ihnen aufgrund der Beratungen folgende Anträge.

Sie liegen Ihnen als Anträge der Kommissionsvorlage vom 4. Dezember 2002 vor:

1. Der GrSR nimmt in zustimmendem Sinn Kenntnis vom Schlussbericht des Kulturreferenten und der Direktorin Museum zur Reorganisation der städtischen Kulturbereiche vom 28. Mai 2002 sowie vom Ergänzungsbericht vom 28. November 2002.
2. Die Vorlage des SR Reorganisation des Museums zu Allerheiligen vom 14. November 2000 wird als erledigt abgeschrieben.
3. Der GrSR nimmt zur Kenntnis, dass die Mittel für die Stellenanpassungen im Jahr 2002 im Budget aufgenommen sind und die Stellen gemäss bewilligtem Stellenplan ab 2003 budgetwirksam werden.
4. Die SPK beantragt, dass der mit der Vorlage vom 23.02.1999 geforderte Bericht des Kulturreferenten zu den städtischen Kulturbereichen jeweils im Geschäftsbericht des SR erscheint.

Dieser Bericht geht auf Antrag 7 der Vorlage 99 zurück, mit dem der SR beauftragt wird - nach Inkrafttreten des neuen Kulturkonzeptes regelmässig, aber mindestens einmal pro Jahr über die städtischen Kulturaktivitäten Bericht zu erstatten.

Ein Anmerkung in Klammern:

(Die Regelung der Austrittsmodalitäten der Museumsdirektorin / Kulturbeauftragten sind der Ihnen zugegangenen Medienmitteilung zu entnehmen.)

Ich hoffe, Ihnen mit diesem Überblick einen einigermaßen korrekten Abriss über die Vorlagen und die Kommissionsberatungen gegeben zu haben. Ich möchte mich bei allen Mitgliedern für die konstruktive Kommissionsarbeit und für das Vertrauen, das sie mir als nicht „Ur-Schaffhauserin“ mit der Wahl zur Kommissionspräsidentin geschenkt haben, bedanken. Bedanken möchte ich mich auch bei Frau Müller, Herrn Peter und Frau Meier für die ausgezeichnete Protokollierung des schwierigen Geschäfts."

Susanna Freivogel (SP) Fraktionserklärung *

"Zum Schluss meiner Ausführungen darf ich Ihnen seitens der SP-Fraktion Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen bekannt geben.

Wir von der SP sind froh, dass die Phase der Reorganisation abgeschlossen ist und die Anliegen der GPK erfüllt werden konnten. Und auch, dass durch die Arbeit des Kulturrates der alte vielfach geäußerte Wunsch nach mehr Transparenz in Bezug auf die Kulturförderung langsam aber sicher Wirklichkeit wird.

Wir sind uns jedoch bewusst, dass noch einige Fragen offen sind. Für uns sind die drängendsten Fragen:

Wie soll es in Zukunft mit den zur Zeit fremd finanzierten Stellen weiter gehen?

Was passiert, wenn die Sturzenegger-Stiftung plötzlich den Geldhahn zudreht?"

Gertrud Walch (SVP) Fraktionserklärung SVP *

"Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion, da ich Mitglied der Spezialkommission war. Die Reorganisation im Museum ist nun abgeschlossen, und der Kulturdienst ist mit integriert worden. Das war eine längere Arbeit, die vor drei Jahren begonnen wurde. Der Name der Vorlage sagt, was gemacht wurde: es wurde neu geordnet. In dieser Zeit wurde vor allem Administratives in Angriff genommen wie

- Bereinigen der Kontenführung und des Stellenplanes
- Schaffung des Museumsreglementes und Ausarbeitung der diversen Verträge und Leistungsvereinbarungen.

Auf der strategischen Ebene ist Stadtpräsident Marcel Wenger mit dem Museumsreferenten Thomas Feuerer und der Museumsdirektorin und einem neu geschaffenen Kulturrat tätig. Auf der operativen Ebene arbeiten im Museum sehr aktiv die verschiedenen Kuratoren, der technische Dienst und der Kulturdienst zusammen. Dabei fungiert der Kulturdienst als kulturelle Drehscheibe für Auskunft und Hilfestellungen intern und extern. Zudem obliegt dem Kulturdienst die Gesamtleitung des Stadttheaters. Diese Synergie wurde gesucht, also das vermehrte Zusammenarbeiten und der professionelle Gedankenaustausch der verschiedenen kulturellen Sparten im selben Haus. Diese neue Organisation ist von der GPK und dem Stadtrat gewünscht worden. Die SVP stimmt dieser Organisation zu.

Die Museumsdirektorin, die mit der Reorganisation neu auch Kulturbeauftragte geworden ist, hat gekündigt. Da dies bereits drei Jahre nach ihrem Amtsantritt geschehen ist, stellt sich aber auch die Frage, was in Zukunft zu tun ist. Es wird von einer Entflechtung der Doppelfunktion Museumsdirektion und Kulturbeauftragte/r gesprochen.

Ich will mit dem nun Folgenden sicher nicht kritisieren. Ich versuche nur bei dieser Gelegenheit, zwei Wünsche anzubringen.

Erstens zum **Kulturrat**:

Darin sollte meines Erachtens die volksnahe Kultur auch vertreten sein.

Ich nehme, wie schon in der Kommission, Hansjörg Bollingers Bedauern darüber auf, dass nämlich die volksnahe Kultur nicht im Kulturrat vertreten ist. Dies war in der AZ vom 15. März 2001 zu lesen. Er meinte damit Blas- und Chormusik, die im Schaffhauser Volk wirklich noch Verankerung findet. Hansjörg Bollinger ist Leiter der Stadtmusik und Mitglied der kantonalen Musikkommission.

Ich sehe als Desideratum neben allen andern Spartenvertretern wirklich einen Vertreter dieser volksnahen Kultur.

Konkret gemerkt hat man die bisherige Berücksichtigung der volksnahen Kultur nur gerade am Rand, vor allem an wichtigen städtischen und kantonalen Anlässen wie dem Schaffhausertag an der Expo oder dem Jubiläum 500 Jahre Zugehörigkeit von Schaffhausen zur Eidgenossenschaft.

Am Schaffhausertag an der Expo war die Stadtmusik mit ihren 90 Musikanten auf die Nebenbühne verbannt. Die meisten BesucherInnen, die vor der Hauptbühne das offizielle Programm vorgesetzt bekamen, hörten sie also nicht. Am Fest SH 500 ebenso. Das finde ich schade. Es wirkt nicht gerade förderlich für die volksnahe Kultur. Zur Erhaltung und Förderung dieser Sparte sollte ja die städtische Kulturinstitution im Museum für Allerheiligen auch zuständig sein. Ich bekam damals als Antwort, dass jede Gruppierung über den Spartenvertreter die Möglichkeit habe, sich einzubringen. Deshalb möchte ich hiermit darauf hinweisen, dass wirklich auch volksnahe Kultur angemessen zum Zuge kommen sollte. In der Vorlage des Stadtrates von 1999 heisst es, dass die nicht gebundenen Mitglieder ausgeschrieben und vom Stadtrat auf Antrag der oder des Kulturbeauftragten für eine Legislaturperiode gewählt werden. Es wurde folglich Hoffnung gemacht, dass Spartenvertreter wechseln könnten. Die Strukturen sind also vorhanden. Und die bisherige Situation könnte somit durch einen Vertreter dieser Sparte im Kulturrat leicht optimiert werden.

Zweitens sollte jetzt nach dieser vollzogenen Reorganisation, wo das Formale und Administrative geregelt ist, wieder mehr der **Inhalt im Vordergrund** stehen. Beim Inhalt haben die Ergebnisse der Schaffhauser Kulturmfrage, die im Mai 2000 im Auftrag des Schaffhauser Kulturrates durch KV-Schüler durchgeführt und von einem professionellen Marktforscher begleitet wurde, meine Einschätzung bestätigt. Dabei denke ich ans grosse Interesse der Befragten für Musik, bei Frauen vor allem für Klassik-Angebote. Beim Theater zeigte die Umfrage das Interesse vor allem fürs Sprechtheater, und bei den Ausstellungen vor allem für Kunst, aber doch auch für Naturkunde auf. Bemerkenswert fand ich auch die Feststellung, dass die jüngere Generation tendenziell skeptischer eingestellt ist gegenüber dem finanziellen Engagement der Stadt in Sachen Kultur.

Ich erlaube mir hier noch eine **inhaltliche Vorstellung** anzubringen, **die diese angestrebte Symbiose verdeutlicht**. Ich erwähnte sie schon in der Kommission. Im Museum zu Allerheiligen finden sich viele interessante Bilder. Daneben steht die Musikschule und die Stadtbibliothek. In der Musikschule wird Musik gemacht, in der Stadtbibliothek werden viele Bücher aufbewahrt. Als Symbiose sehe ich nun, **dass Wort, Bild und Ton zusammengeführt** werden. Als Idee könnte zum Beispiel in einem Museumssaal mit Bildern einer bestimmten Epoche oder eines Malers die Musik aus dieser Epoche gespielt und Worte aus dieser Zeit gelesen werden.

Abschliessend möchte ich Susanna Freivogel für die umsichtige Leitung der Spezialkommission danken und dem Stadtpräsidenten und dem Kulturreferenten eine **glückliche Hand** bei der Neubesetzung der Museumsdirektorenstelle und der weiteren Führung der städtischen Kulturbereiche wünschen."

Thomas Hauser (FDP)

Fraktionserklärung FDP *

"Gleich zu Beginn kann ich Ihnen bekanntgeben, dass eine grosse Mehrheit der FDP-Fraktion auf die Vorlage zur Reorganisation der städtischen Kulturbereiche eintreten und den Anträgen zustimmen wird.

Wie erwähnt war der Auslöser des Berichtes ein Fragenkatalog der GPK aus dem Jahre 1999 zum Budget 2000. Der erste Bericht vom 14. November 2000 zeigte auf, und das wurde an der ersten Kommissionssitzung praktisch von allen festgestellt, dass damals in den Bereichen Stellenplan und Lohnzahlungen im Museum das "bare Chaos" herrschte.

Stadtrat Thomas Feurer und Museumsdirektorin Frau Elisabeth Dalucas ist es dann gelungen, mit der ersten Vorlage Licht ins Dunkel zu bringen, und vor allem im Bereich Stellenplan für eine transparente Übersicht zu sorgen.

Mit einer zweiten, überarbeiteten Vorlage konnte dann der Museums-Stellenplan mit dem vom Grossen Stadtrat verabschiedeten, generellen Stellenplan in Übereinstimmung gebracht werden.

Damit sind die Forderungen des damaligen Fragenkataloges der GPK an sich erfüllt. Diese Erfüllung bedurfte aber einer immensen Arbeit seitens der Museumsdirektorin und des Stadtrates Thomas Feurer. Dieser Einsatz verdient Anerkennung und Dank.

Nachdem die vorberatende Kommission am 17. Mai 2002 diese Kommissionsvorlage einstimmig verabschiedete, schien die Angelegenheit auf dem richtigen Geleise einzuspuren. Die Rücktrittserklärung der Museumsdirektorin wirbelte dann nachträglich einigen Staub auf. Was man eigentlich auf gutem Weg sah, kam plötzlich wieder ins Wanken. Zusatzsitzungen der Spezialkommission wurden nötig und Ergänzungsberichte mussten ausgearbeitet werden; Ergänzungsberichte, die schon wieder mit Worten wie Frustrationspotential unter den Museums-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern infolge Arbeitsüberlastung ausgeschmückt waren. Dieser Umstand missfällt einigen Mitgliedern unserer Fraktion sehr. Deshalb hätten wir es begrüsst, wenn die Baumeister der Reorganisation die Umsetzung des Papiers länger begleitet hätten. Aber Rücktritt ist Rücktritt.

Wir hoffen aber trotzdem, dass das Museum mit dem Reorganisationspapier die nächsten 3 - 4 Jahre funktionieren kann und funktionieren wird. Wenn sich der Stadtrat bei der Einstellung der neuen Museumsleitung Zeit lässt und sich die Ausschreibung und Selektion wohl überlegt, können wir das unterstützen. Was wir nicht unterstützen würden, wäre dann eine erneute Aufstockung des Stellenplans - oder wieder eine Reorganisationsvorlage mit entsprechenden Folgen für eine neue Museumsleitung.

Abschliessend halte ich nochmals fest, dass für eine Mehrheit der FDP-Fraktion mit der Kommissionsvorlage zum Thema städtische Kulturbereiche, die damaligen Fragen der GPK beantwortet wurden. Deshalb werden wir den Bericht mehrheitlich im positiven Sinn würdigen."

Brigitte Oechslin (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Die OeBS/EVP/GB-Fraktion empfiehlt dem Grossen Stadtrat, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Ergänzungsberichten zuzustimmen.

Im Laufe der total sechs Sitzungen, angefangen im November 2000, wurden von folgenden Reorganisationsmassnahmen Kenntnis genommen: Die Konten und die Rechnungsführung der Abteilung "Kultur, Museum, Theater" wurden bereinigt.

Ausserdem wurde der Kulturdienst der Stadt Schaffhausen ins Museum zu Allerheiligen integriert und unter die Leitung der Museumsdirektion gestellt.

Die Reorganisation erstreckte sich ausserdem systematisch über verschiedene Bereiche wie "Organisation und Planung", "Prozesse und Projekte", "Stellenplan und Mitarbeitende", "Finanzen und Controlling", sowie "Reglemente und Verträge". Nicht eingeschlossen in dieser Reorganisation sind das Stadtarchiv und die Stadtbibliothek, was aber keinen der drei Kulturträger daran hindert, in der Praxis zusammen zu arbeiten. Die personellen Bereiche, das heisst der Stellenplan, sind nach der Annahme des neuen Stellenplans nun klar definiert und im Ergänzungsbericht übersichtlich dargestellt. Nachdem auch die finanziellen Zuschüsse der Stiftungen für Personalaufwendungen geklärt und geregelt worden sind, ist die Grundlage für transparente städtische Ausgaben in der Kulturpolitik gelegt, und es ist nun möglich, diese Strukturen in der Praxis in einer guten Art und Weise umzusetzen.

Mit der Gründung und dem Wirken des Kulturrates, der seit zwei Jahren besteht, wurde ein zusätzliches Element geschaffen, eine abgestimmte und ausgewogenere Kulturpolitik zu gewährleisten. Es ist ja bekannt, dass die Vertreter des Kulturrates bewusst aus verschiedenen Kultursparten ausgewählt wurden.

Auch mit der Entschuldung der Kammgarn konnte ein weiterer positiver Schritt vorwärts gemacht werden, was nicht zuletzt dem grossen Engagement der Verantwortlichen der Kammgarn und natürlich auch dem Entgegenkommen der Stadt Schaffhausen, jeden verdienten Franken zu verdoppeln, zu verdanken ist.

Nicht zu vergessen ist auch der Grosseinsatz von Stadtrat Thomas Feurer und der Museumsdirektorin Elisabeth Dalucas, die eine schwierige Arbeit zu bewältigen hatten und denen es gelungen ist, ein Fundament für ein ausgewogenes Kulturrengagement der Stadt zu legen. Wir bedauern die Kündigung der Museumsdirektorin und hoffen, dass der Nachfolger oder die Nachfolgerin sich genauso überzeugend für die naturhistorische Abteilung, die historischen Bereiche, wie auch die Kunstabteilung einsetzen wird. Last, but not least, danke ich auch der SPK-Präsidentin Susanna Freivogel, welche die Sitzungen zügig und kompetent geleitet hat."

Erwin Sutter (EDU) Votum *

"Zuerst möchte ich der Kommissionspräsidentin für ihre gute Arbeit in der SPK und für den ausführlichen Bericht, den ich heute mit Freude zur Kenntnis genommen habe, danken. Die Kommissionsarbeit hat generell auch Spass gemacht - trotz oder gerade auch wegen der emotionalen Wechselbäder, welche wir in der SPK über uns ergehen lassen mussten.

Zur Vorlage möchte ich noch folgende Punkte anmerken:

Die Organisation im Kulturbetrieb darf in wesentlichen Teilen als abgeschlossen angesehen werden, obwohl es zur Natur der Sache gehört, dass ein lebendiger Organismus einer ständigen Veränderung und Optimierung unterliegt. Im organisatorischen Bereich hat die Museumsdirektorin intensiv und gut gearbeitet. Ordnung und Systematik haben sich klar verbessert. Die Dossiers sind weitgehend aufgearbeitet.

Das von Thomas Hauser erwähnte frühere Chaos ist nicht mehr vorhanden. Aus diesem Grund müsste in Zukunft die Arbeitsbelastung für den oder die Nachfolger/in von Frau Dalucas, aber auch für andere Mitarbeitende eher geringer werden. Eine weitere Erhöhung des Stellenplans ist daher nicht vorgesehen und würde wohl auch auf Opposition stossen.

Für die Kulturarbeit wünschte ich mir generell, dass bald nach den Grundsätzen der WoV durch Finanzierung mittels Globalbudget gearbeitet werden kann. Der Kulturrat hat Kriterien für Kulturgesuche festgelegt, aber er muss noch vermehrt seiner Aufgabe gerecht werden, indem er realistische Strategien unter den gegebenen finanziellen Randbedingungen entwickelt. Im Museum wurde bereits heute mit wenig finanziellen Mitteln qualitativ gute Arbeit geleistet - Beispiel Ebnöther-Ausstellung.

Die Finanzierung im Kulturbereich ist durch die Erhebung von zusätzlichen Einnahmen, sei es durch Einführung von Gebühren oder durch Sponsoring noch zu verbessern. Auch wenn in der Kommission wenig Begeisterung von offizieller Seite für diesen Vorschlag zu spüren war, steht in der Vorlage unter "Ausblick" auf Seite 5 immerhin etwas von Erhöhung des Eigenfinanzierungsgrades! Die Themen Eintrittsgebühren und Öffnungszeiten im Museum und in der Stadtbibliothek sind nicht ad acta gelegt, wie wir das auch an den eingereichten Motionen sehen.

Ein über die Kantonsgrenzen hinausgehendes Konzept durch Verbund mit anderen Kulturinstitutionen wäre zu prüfen. Eine vermehrte Partnerschaft im Raum Bodensee (Singen, Winterthur, Konstanz) wäre vorstellbar (Theater, Museen, Wechsel-Ausstellungen).

Zum Schluss noch meine persönliche Haltung zum Wirbel um die vielen Überstunden von Frau Dalucas: Wie hoch auch immer die Zahl der Überstunden ist, zeigt diese doch ganz klar den ausserordentlich hohen Einsatz auch über das normale Pflichtenheft hinaus (Beispiel Arbeiten im Zusammenhang mit SH 500).

Ich werde auf die Vorlage eintreten und ihr auch zustimmen."

Theresia Derksen (CVP) Votum *

"Die SPK tat sich eigentlich schwer mit dieser Vorlage. Die dargelegte Situation war nicht immer klar verständlich. Ich danke der Präsidentin der SPK, Susanna Freivogel, herzlich für die sehr gute Sitzungsleitung.

Sie hat bereits die wichtigsten Punkte dargelegt.

Vor uns liegt nun ein Bericht zur städtischen Kulturpolitik und ein bereinigter Stellenplan, der zu der längst gewünschten Transparenz und Verständlichkeit beiträgt. Im Ergänzungsbericht bestätigt Stadtrat Thomas Feurer, dass Optimierungsbemühungen im organisatorischen Bereich zu den laufenden Aufgaben der Verwaltungsführung gehören und eine allfällig nötige Aufgabenentflechtung zwischen der Museumsverantwortung und dem/r Kulturbeauftragten ohne Auswirkungen auf den Stellenplan zu erfolgen hat.

Es wurde enorm viel Arbeit in die Reorganisation gesteckt. Endlich sind die Personal- und Sachkosten da aufgeführt, wo sie aufgeführt sein müssen; mit dem bereinigten Kontenplan sollten auch die Finanzen nun durchschaubarer werden.

Die auf Seite 4 des Ergänzungsberichtes aufgezählten, zusätzlich erbrachten Arbeitsleistungen von Frau Dalucas müssen den ausserordentlichen Reorganisations- und Aufbauaufgaben zugeordnet werden; *leider*, denn wenn man es genau nimmt, hätten diese Betriebsgrundlagen mindestens ansatzweise bereits vorhanden sein müssen.

Doch jetzt sollen nicht mit der „alten Situation“ Vergleiche angestellt werden, denn die sind gar nicht möglich.

Es gilt nun der Reorganisation eine Chance zu geben. Es ist heute zu früh, um alles bereits wieder in Frage zu stellen. Lassen wir die vorliegende Reorganisation sich festigen. In zwei oder drei Jahren erst können wir dann in etwa abschätzen, ob sie sich bewährt, oder ob noch Korrekturen anzubringen sind. Sicher gibt es noch viel zu tun, aber was man während Jahren versäumt hat, kann man nicht „null-komma-plötzlich“ nachholen - wir könnten es uns auch finanziell nicht leisten.

Die CVP wird deshalb den Anträgen der Spezialkommission zustimmen."

Walter Hotz (FDP) Votum *

"Der Spardruck ist gross in unserer Stadt. Davon bleibt auch das Kulturressort nicht verschont; ein Bereich, wo das Sparen besonders weh tut, trägt doch das kulturelle Angebot unglaublich viel zur Seele einer Stadt und damit auch zum Wohlergehen ihrer BewohnerInnen bei. Dass sich unsere Stadt trotz stagnierender öffentlicher und privater Beiträge eines überdurchschnittlichen Angebots rühmen kann, ist massgeblich den engagierten MitarbeiterInnen der Stadt und den privaten Personen zu verdanken, welche mit grossem Einsatz und persönlichen Entbehungen unserer Stadt dienen. Nur dank ihnen sind wir auch heute noch in einer vergleichsweise komfortablen Position.

Dass der Leitung eines Betriebes in schwierigen Zeiten eine vordringliche Rolle zukommt, versteht sich von selbst. Das Team um Elisabeth Dalucas hat demnach sehr gute Arbeit geleistet. Dies wird durch den Ruf der Direktorin nach Luzern eindrücklich bestätigt.

Aufgabe des Stadtrates ist es nun, die entstandene Lücke so zu schliessen, dass der vorhandene Geist, mit relativ wenig Mitteln vieles zu bewegen, erhalten bleibt.

Dies ist gar nicht so einfach in einem Bereich, wo oft künstlerische Kreativität und Genialität eine höhere Wertschätzung erfahren als die scheinbar profane Fähigkeit der MitarbeiterInnenmotivation.

Die Aufgabe des Stadtrates ist es also, eine Person zu finden, die weder nach eigenem Ruhme strebt, noch den Sinn für das Machbare verliert. Vielmehr muss sie fähig sein, aus begrenzten Mitteln das Beste heraus zu holen und bei den MitarbeiterInnen jenes Feuer zu entfachen, welches in der Ära Dalucas den Erfolg ausgemacht hat.

Der Stadtrat sollte sich auch in seiner Führungsverantwortung von Pressekommentaren nicht beirren lassen. Pflegen Sie weiterhin ein gutes Verhältnis zu den Sponsoren und zur Sturzenegger-Stiftung, der Stiftung, der wir SchaffhauserInnen zu aller grösstem Dank verpflichtet sind.

Überprüfen Sie auch einmal die personelle Besetzung der verschiedenen Kommissionen. Vielleicht braucht es auch da mal wieder frischen Wind. Überprüfen Sie, ob es nicht nützlich wäre, wenn in den Kommissionen Persönlichkeiten Einsitz nehmen; ich denke hier nebst den Kultursachverständigen z.B. an Kommunikationsfachleute, Führungspersonen, Finanzsachverständige etc..

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erwartungen an unseren Stadtrat sind gross. Vertrauen wir ihm und stimmen der Kommissionsvorlage zu.

Nur so bleibt unser Kulturangebot, wie es in finanziell schwierigen Perioden sein sollte: klein, aber fein!"

Stadtrat Thomas Feurer Stellungnahme des Stadtrates

"Es hat mich gefreut, was der letzte Sprecher, der 1. Vizepräsident Walter Hotz gesagt hat. Ich leite diesen Dank gerne an die MitarbeiterInnen auf der Tribüne weiter, dort sind sie nämlich. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit diesem Potential, das wir mit dem Museum, aber auch mit anderen Kulturinstitutionen in Schaffhausen haben, weiterhin eine gute Visitenkarte abgeben für die BewohnerInnen und BesucherInnen von Schaffhausen.

Wenn ich die letzten Monate Revue passieren lasse, bin ich in dieser Zeit um mehr als diese 3 - 4 Monate älter geworden, sie gingen jedenfalls nicht spurlos an mir vorbei. Viel wurde gesprochen, geschrieben, gefordert und interpretiert. Vielleicht gehört dies alles zur Kultur.

Als optimistischer Mensch interpretiere ich dies auch als grosses Interesse für die Kultur. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken. Ich habe dies aus all diesen Voten heraus gehört und es auch immer wieder in der SPK miterlebt, deren Präsidentin Susanna Freivogel es verstanden hat, bei dieser wahrhaft komplexen Materie immer wieder den richtigen Ton und die richtigen Schritte vorzugeben. Alle Kommissionsmitglieder haben interessiert mitgemacht. Es war für mich eine Freude zu sehen, dass wir trotz den engagierten Diskussionen immer wieder mit einstimmigen Resultaten die verschiedenen Berichte verabschieden konnten.

Als sensibler Beobachter erfüllen mich einige Dinge aber auch mit Sorge. Meine Verantwortung ist es, das Kulturschiff mit dem Stadtrat und vor allem mit dem Stadtpräsidenten als erfahrenem, Sturm erprobtem Seemann durch schwierige Gewässer zu steuern. Wenn wir das zusammen mit Ihnen tun können, so wird uns das sicher gelingen.

Schwierig ist es, weil grosse Vorhaben von unseren Vorgängern in Bewegung gesetzt wurden. Die initiierten Projekte - Hallen für Neue Kunst, Ausstellung der Ebnöther-Sammlung, Erweiterung des Museums - zu konsolidieren und zu sichern, ist ein schwieriges Unterfangen. Es muss Geld aufgebracht werden, es müssen Mehrheiten gefunden werden. Da ist weniger spektakulär und prestigeträchtig, aber deswegen nicht weniger anspruchsvoll.

Schaffhausen hat sich mit diesen Einrichtungen, einschliesslich der Kammgarn, ein paar Perlen geangelt, die nach der grossen Freude, dass wie diese haben, jetzt verdaut werden müssen.

Ich möchte Ihnen kurz die **Ausgangslage** schildern.

Anfangs 1997 wurde ich vom Stadtpräsidenten mit dem Angebot beglückt, nebst dem schwierigen Sozialreferat noch etwas Schönes - die Kultur - zu haben. So wurde mir das Museum angeboten. Ich habe das sehr gerne übernommen. Der vormalige Stadtpräsident Max Hess hat mir das Museum mit den Worten übergeben: "Du übernimmst einen gut organisierten Laden." Die Ernüchterung folgte jedoch schon bald. Das Museum war nicht so gut organisiert und die Partnerorganisationen und die Politik waren z.T. sehr unzufrieden und auch die MitarbeiterInnen waren nicht nur zufrieden. So haben wir uns daran gemacht, anstehende Probleme zu lösen.

Es drängten sich Veränderungen auf. Als man sah, dass etwas passierte, sind viele Leute gekommen und haben gute Tipps gegeben. Die meisten Tipps waren jedoch nicht uneigennützig und deren Realisierung wäre auch nicht ohne Kostenfolge geblieben. Besonders in der Kultur ist es so, dass das Machbare und das Wünschbare weit auseinander klaffen. Da braucht es viel Fingerspitzengefühl, um eine durchschnittliche Zufriedenheit herzustellen.

Es wurde ein Coach engagiert, mit dem man gute Erfahrungen gemacht hat. Der Anfang war beschwingt und alle schöpften Hoffnung - vor allem für ihr eigenes Dossier!

Zu den dringlichsten Aufgaben gehörten:

- Erneuerung der Sammlungspräsentation, die zu einem ansehnlichen Teil aus den 30-er Jahren stammte.
- Sanierung und Sicherung von Sammlungsteilen, die zu verrotten drohten.
- Sanierung der Gebäude, die keinen Sicherheitsstandards - Personen- und Sachschutz - entsprachen (dem Museum drohte aus feuerpolizeilichen Gründen mehrfach die Schliessung).
- Transparenz in personellen und finanziellen Angelegenheiten sowie in den internen Abläufen.

Völlig unklar war der Stand des Projektes Ebnöther. Die Sammlung war seit 10 Jahren bei uns und ausser vieler Sitzungen ist nichts passiert.

Unklar waren aber auch die Positionen und Vorstellungen über die Ausrichtung des Hauses. Das meiste geschah einfach und war programmatisch und für das Publikum grossmehrheitlich sogar gut. Das war auch das Verdienst von Gérard Seiterle.

So präsentierte sich die Situation Ende 1997/Anfang 1998. Alle wollten etwas verändern, alle freuten sich auf neue Zeiten. Mit dem Wechsel war - wie üblich - auch ein Wechsel in der Führung verbunden. Dieser Wechsel war mit sehr hohen Erwartungen verbunden. Klar war schon damals, dass das Aufrechterhalten aller bisherigen Stärken sowie eine Ausweitung des Betriebes (z.B. Intensität der Ausstellungen) usw. mit den vorhandenen Ressourcen schwierig zu bewältigen sein würde.

Klar war auch, dass uns bei der Umsetzung die Sturzenegger Stiftung helfen musste. Ich bin froh, dass Bernhard Ott auch hier ist, er hat dieses Thema in der az vom 9. Januar 2003 aufgegriffen.

Dank der Sturzenegger Stiftung hat das Museum zu Allerheiligen das Image erhalten und ausbauen können.

Dank ihr hat die Stadt Millionen von Franken in Ausbauten investieren können (Kulturgüterschutz-Raum, Eingang zum Museum, Pfarrhäuser, Kammgarn 3. OG usw.). Das hätte alles nicht gemacht werden können. So relativieren und multiplizieren sich auch die städtischen Beiträge in Personal und Infrastruktur. Ich nenne Ihnen gerne einmal eine Zahl, damit Sie sich eine Vorstellung über das Engagement der Stiftung machen können. Die Sturzenegger Stiftung hat bis Ende des letzten Jahres Investitionen in der Höhe von rund Fr. 29 Mio. ermöglicht.

Der eigentliche Stiftungszweck und Auftrag ist jedoch der Ankauf von Sachen für das Museum. Es ist nicht ihr Auftrag, das Museum baulich zu sanieren. Es ist sicherlich den guten Beziehungen zwischen der Stiftung und den Verantwortlichen der Stadt SH zu verdanken, dass die Sturzenegger Stiftung ihren Zweckartikel so extensiv interpretiert.

Dies hat unter anderem dazu geführt, dass auch der Historische Verein für die Kantonsgeschichte, das Klostergeviert, die Stadtbibliothek, die Hallen für Neue Kunst, die Kammgarn und als Bekenntnis zu dieser Stadt auch soziale Einrichtungen zum Teil massiv von der Stiftung profitiert haben bzw. profitieren.

Solche Dinge spielen sich immer diskret aber keineswegs delikate ab, wie die AZ schreibt. Ich bitte Sie deshalb, einen öffentlichen Diskurs über dieses Engagement zu vermeiden. Ich sage Ihnen allerdings zu, dass wir die Beziehung mit der Sturzenegger Stiftung mittels Vertrag zu bereinigen gedenken. Der Rechtsberater der Stadt ist bereits kontaktiert worden. Der Vertrag soll in den nächsten Monaten aufgelegt werden.

Das Prinzip soll so sein, dass wir mittelfristig nur noch Projektbeiträge - auch für bauliche Vorhaben - beanspruchen werden. Betrieb (einschliesslich Personal) und Unterhalt des Museums, den sog. "courant normal" sollte die Stadt selbst bestreiten können.

Klar ist, dass wir vieles in Schaffhausen ohne die Stiftung nicht hätten und ich bin im Namen des Stadtrates und der Stadt dankbar für die grosszügigen Denkmuster der Verantwortlichen der Sturzenegger Stiftung.

Nun aber zurück zum Alltag, zu den Museumsvoraussetzungen und Herausforderungen. Sie wissen, dass 1998 der Job von Arthur Ulmer aufgehoben wurde; man hat die Verantwortung für das Personal an Thomas Jaquet delegiert und die Verantwortung für die Kultur, die Arthur Ulmer sehr intensiv wahrgenommen hat, an die Museumsdirektion übertragen. Wir haben das damals so aufgelegt in der Hoffnung, dass es gut geht.

Eine Superfrau oder ein Supermann, eine Zauberin oder ein Zauberer musste also gefunden werden. Wir haben jemand gefunden, der diese Herausforderung angenommen hat. Die Biographie von Frau Dalucas war sehr passend, so gut, dass sie auch in Luzern wieder gepasst hat. Wir wünschen ihr alles Gute in ihrem neuen Job. Sie hat sich mit grossem Einsatz an die Arbeit gemacht und daneben auch das Dossier der Kulturbeauftragten mit grossem Schwung in die Hände genommen

Die städtische Kultur war damals auch sonst in einer sehr dynamischen Phase:

- Die Kammgarn setzte ihr - glückliches - Umbauvorhaben um und musste begleitet werden.
- Die Hallen für Neue Kunst waren - und sind - zu konsolidieren. Ich bin nun seit 6 Jahren als städt. Vertreter im Stiftungsrat und weiss davon ein Lied zu singen.

- Die Subventionskriterien und -mechanismen mussten dringend erarbeitet werden. Diese sind heute vorhanden.

Überall hat man über diese Tätigkeiten berichtet. Es war klar, dass vieles in Bewegung ist.

Heute steht das Museum an einem anderen Ort - es ist insbesondere wesentlich grösser, reicher aber auch sicherer geworden. Die Grösse macht uns personell aber auch Probleme (Betreuung, Überwachung, Reinigung usw.).

Die Verträge mit den Partnerorganisationen sind nach zum Teil langwierigen Verhandlungen unterschrieben oder bereit zur Unterschrift. Vorher wusste man kaum mehr, wo man eigentlich steht. Der Kunstverein z.B. hatte einen Vertrag mit drei Annexen aus dem Jahr 1937. Seit damals hat sich doch einiges geändert - jedenfalls bei mir

Es gibt ein Kulturkonzept, das wurde besprochen.

Die Kammgarn ist in Betrieb, Subventionsvorgaben sind festgelegt und auch die Vergaben wurden kürzlich öffentlich gemacht. Der Kulturbrief wurde von der Presse in verdankenswerter Weise sehr wohlwollend kommentiert.

Es ist also sehr viel gelaufen. Ich hoffe, dass man die Inhalte wieder mehr sieht, wenn sich der Rauch, der sich über den Rücktritt der Museumsdirektorin gelegt hat, verzogen hat.

Der SR hat über diese Sachen immer wieder berichtet, unter anderem auch über die Leistungsvereinbarungen, die wir heute mit den grossen Subventionsempfängern haben. Das ist eine grosse Leistung, welche uns von der übrigen Schweizerischen Kulturwelt gerne "abgekupfert" wird. Wir haben immer wieder Anfragen von anderen Kommunen und Städten mit der Bitte, ihnen die Grundlagen zur Verfügung zu stellen.

Die Kommissionspräsidentin hat über die verschiedenen Stufen dieser Vorlage berichtet.

Erste Vorlage vom 14. November 2000

- Die erste Vorlage unter dem Titel 'Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes' hatte zum Ziel, offene Fragen aus der Budgetdebatte für das Jahr 2000 zu beantworten.
- Neben den Reorganisationsvorhaben wurden auftragsgemäss auch die Stellenentwicklung sowie die Kontenführung beschrieben.
- Letztere konnte zur Zufriedenheit beantwortet werden, während die Stellensituation weiterhin Fragen aufwarf und aufgrund der Vorgeschichten schlecht rekonstruierbar war.
- Im Protokoll ist denn auch von Vergangenheitsbewältigung die Rede.
- Nach 4 Sitzungen wurde die Vorlage sistiert, weil trotz intensiven Hausaufgaben nicht mehr alles nachvollziehbar war.
- Die Klärung der Stellensituation wurde mit der Sistierung der Museumsvorlage der Stellenplanvorlage zugewiesen.

Schlussbericht vom 28. Mai 2002

- Im Schlussbericht vom 28. Mai 2002 wurden die Reorganisationsfortschritte beschrieben und eine Übersicht über die Totalausgaben der Personalkosten nach der Zusammenlegung verschiedener Bereiche gegeben.
- Es resultierte ein Plus von 10% über vier Jahre - inbegriffen die Stellenplanerweiterung, die Teuerung usw..
- Hinzu kommt eine Erhöhung der Salärunterstützungs-Beiträge von Fr. 147'000.-- auf Fr. 412'000.-- v.a. seitens der Sturzenegger Stiftung, die aber nicht unilateral erhöht. Die Stiftung hilft uns, wenn wir auch mitziehen.
- Jeder städtische Franken wurde aber durch die Stiftung ungefähr verdreifacht.
- Der Schlussbericht empfiehlt dem Parlament schliesslich, die sistierte Vorlage abzuschreiben.
- Die SPK beschloss einstimmig die entsprechenden Anträge zu Handen des Parlamentes. Dies war am 15. August 2002 und die Vorlage der SPK wurde darauf traktandiert.

Ergänzungsbericht vom 28. November 2002

(Am 16. Oktober 2002 - also vor der Behandlung im GrSR - gab E. Dalucas ihren Rücktritt bekannt. Diese veränderte Ausgangslage und die Fragestellungen um den Rücktritt veranlassten die SPK, die Folgerungen aus dem Schlussbericht zu hinterfragen. Dazu kamen Fragen zum Rücktrittsmodus, der in verschiedenen Gremien breit diskutiert wurde. Auch personalrechtlich geschützte Details dazu sind dem Präsidenten der GPK mündlich zugänglich gemacht worden. Das wichtigste Augenmerk richtete sich auf die Frage, ob die Doppelfunktion unter dem Belastungsaspekt aufrecht erhalten werden soll.)

Auf die Fragen rund um den Rücktritt von Frau Dalucas glaube ich nicht mehr eingehen zu müssen. Hingegen möchte ich auf die Doppelfunktion Museumsdirektion/Kulturbeauftragte/r eingehen. Hier widersprechen wir mit dem Ergänzungsbericht dem Schlussbericht und der ersten Vorlage und zwar mit der früheren Aussage, dass wir diese Doppelfunktion beibehalten wollen. Wir mussten uns überlegen - nachdem wir sahen, welchen Belastungen diese Stelle ausgesetzt ist, und verschiedene Leute forderten, dass die Präsenz im Museum 100%ig sein muss -, wie wir vorzugehen gedenken. Wir haben den Grundsatzentscheid gefällt, dass wir diese beiden Funktionen wieder auseinander nehmen werden. Wir werden dem GrSR und der Öffentlichkeit innerhalb der nächsten zwei Monate mitteilen, wie und mit wem wir diese Vakanz besetzen werden.

Der Grund, weshalb wir das Schwergewicht beim Museum sehen, ist, weil noch gewaltige Projekte in der Pipeline sind. Zu erwähnen sind

- die Umsetzung des Grossprojektes Stadtgeschichte "Schaffhausen im Fluss", wo praktisch die gesamte historische Abteilung endlich erneuert werden soll - selbstverständlich mit Geldern der Sturzenegger Stiftung sowie
- Collection Management (Präsenz des Museums im Internet). Da hat uns die Stiftung geholfen, die ganze Hardware im Museum inkl. Software für das Projekt Collection Management zu finanzieren, und hat uns mit Fr. 850'000.-- zusätzlich unter die Arme gegriffen. Das sind Sachen, die sich die Stadt allein schlicht nicht leisten könnte.

Das alles wurde möglich, und da ist auch das grosse Verdienst von Frau E. Dalucas zu suchen, dass sie mit den Partnern ausserhalb des Museums - der sehr lebendigen Kulturszene - eine geordnete Beziehung geschaffen hat und hinterlässt. Dies ermöglicht auch innerhalb des Museums einem/r NachfolgerIn, auf ganz andere Unterlagen und Ressourcen zurück zu greifen, als dies beim Stellenantritt von Frau Dalucas der Fall war.

Neubesetzung der Museumsdirektion

Im Zusammenhang mit der Neubesetzung der Museumsdirektion möchten wir darauf hinweisen, dass das Prozedere im neuen Museumsreglement geregelt ist. Eine Findungskommission, die am nächsten Dienstag durch den SR gewählt werden soll, sondiert die Bewerbungen und führt die Interviews mit den KandidatInnen.

Der Fahrplan sieht im Moment wie folgt aus:

- | | | |
|--------------------|---|--|
| ca. 20. Februar 03 | - | Ausschreibung der Stelle |
| Ende März 03 | - | Frist für die Einreichung der Bewerbungen |
| Ende April 03 | - | Wahl MuseumsdirektorIn durch den SR auf Antrag der Findungs-Kommission |

Spekulationen über allfällige Vorentscheide in Bezug auf diese Person entbehren jeder Grundlage.

In diesem Zusammenhang wurde auch über mein Engagement debattiert, vor allem im Zusammenhang mit der Pensen-Vorlage. Es ist normal, dass - wenn irgendwo der Chef oder die Chefin geht -, die vorgesetzte Stelle eine Mehrverantwortung übernehmen muss. Ich werde diese auch hier übernehmen. Das beunruhigt mich nicht so. Ich hatte schon einmal eine solche Vakanz zwischen Gérard Seiterle und Frau Dalucas erlebt. Auch damals war ich näher beim Museum. Ich traue den guten und motivierten Fachkräften im Museum zu, dass wir diese Zeit gut über die Runden bringen. Das Team wird interimistisch unter der Leitung von Frau Dr. Hortensia von Roda stehen.

Im Übrigen war ich trotz besetzter Stelle gerade in den letzten Monaten besonders gefordert. Ich sehe daher mit einem gewissen Optimismus der Zukunft entgegen. Wenn meine Belastung nur ein wenig kleiner wird als sie in den letzten drei Monaten war, dann werden wir über meine Belastung keine besonderen Worte mehr verlieren müssen.

Wir werden die Zeit nutzen, dem Publikum ein attraktives Programm anzubieten und lassen uns daran gerne messen. Die Stadt Schaffhausen verfügt über ein ausgezeichnetes Kulturpotential, das auch die Wirtschaftsförderung gerne einsetzt und das gerade in einer aktuellen Umfrage bestätigt wurde. Es ist uns auch bewusst, dass die Hauptlast der Ausgaben von der Stadtrechnung getragen wird. Das ist betrüblich. Der Kanton erklärt sich aber bereit, sich wesentlich stärker zu engagieren; dafür bedanke ich mich. Es sind nun wahrscheinlich noch Andere gefordert, das Publikum, aber auch unsere Partner diesseits und jenseits des Rheins, nämlich die Gemeinden, die tiefe Steuerfüsse haben und deren EinwohnerInnen gerne gratis in unser Museum und Theater gehen.

In der Neubesetzung der Museumsdirektion sehen wir auch eine Chance, dass wir das Museum als schwergewichtige Institution in eine gute Zukunft führen können."

Abschliessend nimmt der Kulturreferent noch einige Voten der vorangehenden RednerInnen auf.

"Zum Votum von Susanna Freivogel:

Problem Personalkosten: Da sind wir daran, wir werden diese Gebührenordnung mit Ideen über den Eintritt versehen. Die Einstufung der Kuratoren werden wir im Zusammenhang mit der Personalgesetz-Revision angehen; das ist bereits aufgegleist. Wir werden schauen, dass der "Geldhahn" der Stiftung möglichst nicht zum Versiegen gebracht wird. Wir werden uns bemühen, weiterhin eine gute und freundschaftliche Beziehung mit der Stiftung zu unterhalten.

Zum Votum von Getrud Walch:

"Du hast gesagt, dass die volksnahe Kultur im Kulturrat nicht vertreten sei. Es gibt einen Musik-, einen Theater-Vertreter. Die sind selbstverständlich offen auch für diese Anliegen. Wenn man die Kulturausgaben und die Subventionsvergaben anschaut, sprechen diese eine andere Sprache. Dort sind diese Musikvereine - inkl. Hansjörg Bollinger - immer wieder berücksichtigt worden. Was das Expo-Engagement anbetrifft, so möchte ich gerne an den Kanton verweisen und dies nicht noch zum Inhalt dieser Vorlage machen.

Thomas Hauser hat das Frustrations-Potential erwähnt, was bei der bürgerlichen Fraktion auf wenig Verständnis gestossen ist. Ich kann das nachvollziehen. Mit ein Grund für diese Frustration ist möglicherweise die Tatsache, dass das Museumspersonal sich in der täglichen Arbeit voll engagierte und trotzdem in regelmässigen Abständen Zeitungsschlagzeilen über die Institution ergehen lassen musste. Das muss eher unter diesem Aspekt angeschaut werden. Ich erlebe die Leute im Museum nicht als frustriert.

Erwin Sutter hat die emotionalen Wechselbäder in der SPK erwähnt. Die habe ich auch erlebt. Wahrscheinlich ist das eben Kultur, wo es um Emotionen geht. Er hat die WoV-Schnittstellen erwähnt. Da sind wir mit dem Steuerausschuss daran, dies aufzugleisen. Die Forderung nach mehr Einnahmen werden wir verstärkt noch aufnehmen. Bezüglich Kulturveranstaltungen im Städteverbund haben wir schon einiges umgesetzt und werden das auch für die Zukunft gerne übernehmen. Auf die Überstunden der Museumsdirektorin möchte ich nicht mehr eingehen. Sie haben die Interpretationen gehört. Ich möchte mich hier der Haltung von Erwin Sutter anschliessen.

Zum Votum von Walter Hotz:

Der Spardruck ist uns bewusst. Es liegt uns fern, die Beschlüsse und Intentionen des Grossen Stadtrates mit irgendwelchen Tricks oder falschen Argumenten zu unterlaufen. Wir wissen, was die Stunde geschlagen hat, und wir wissen, dass wir mit den vorhandenen Mitteln auskommen müssen."

Alfred Zollinger (SVP) Votum *

Die ersten Fragen wurden von SR Feurer beantwortet. Mir muss er keine Frage beantworten. Aber ich gebe ihm eine Denksportaufgabe mit. Für mich ist die Reorganisation erfolgt, das Fundament für die weitere Entwicklung des Museums erstellt und die notwendige Transparenz geschaffen. Trotzdem erwarte ich, dass an der Klausurtagung des SR im März die Referatsinhalte eingehend diskutiert werden. Denn an und für sich ist das Kulturreferat klar Chefsache, d.h. in der Verantwortung des Stadtpräsidenten, was nichts Neues wäre.

Ebenfalls ist die Zusammensetzung sowie die Notwendigkeit des Kulturrates zu überprüfen. Dazu gehören auch die Informationsflüsse und die Aufgaben der auch noch bestehenden Museums-Kommission. Ich bin ganz klar der Auffassung, zu viele Köche verderben den Brei, schlanke Strukturen sind anzustreben, denn solche wären noch effizienter."

Esther Bänziger (SP) Votum *

Esther Bänziger erklärt, dass sie nicht beabsichtigt habe, heute das Wort zu ergreifen, obschon sie in der SPK mitgewirkt habe. Susanna Freivogel habe als Kommissionspräsidentin die Arbeit in der SPK ausführlich dargelegt und auch die Stellungnahme der SP Fraktion abgegeben. Nun sei sie von ihrem Fraktionskollegen Peter Neukomm, der heute krankheitshalber abwesend ist, gebeten worden, sein Votum zu verlesen, das er heute hätte abgeben wollen. Unter dem Strich entspreche dessen Votum auch in etwa ihrer Haltung.

"Die SPK hat es zusammen mit dem SR geschafft, endlich etwas Licht ins Dickicht der lange Zeit undurchsichtigen Verhältnisse im Museum zu bringen. Dafür gebührt allen Beteiligten ein grosser Dank. Trotzdem bleiben heute ein schaler Nachgeschmack und viele offene Fragen, insbesondere nach der Lektüre des Ergänzungsberichts. Beruhigend ist einzig, dass auch der Stadtrat mit der heutigen Situation nicht zufrieden ist. Nur, was er dagegen tun will, bleibt unklar. Er spricht einfach von einer Übergangslösung, ohne zu sagen, wie lange diese dauern wird. Sollen unbequeme Fragen auf die lange Bank geschoben werden, wie das Bernhard Ott am letzten Donnerstag in der az formuliert hat? Das wäre unschön. Denn eine Vorlage im Wissen darum abzusegnen, dass Intransparenz bleibt, kann uns als VolksvertreterInnen nicht befriedigen.

Die finanziellen Beiträge der Sturzenegger Stiftung decken fast einen Drittel der Stellen ab und sorgen mit dafür, dass unser Kulturbetrieb und vor allem auch das Museum funktionieren kann. Nur bleibt die grundsätzliche Rolle der Stiftung heute und in Zukunft unklar. Nicht nur deren finanzielles Engagement, sondern auch die Bedingungen, unter denen dieses stattfindet, allfällige Gegenleistungen, oder der vereinbarte oder zugesicherte Zeitraum der Unterstützung. Wer zahlt befiehlt, heisst es so schön. Für mich ist deshalb klar, dass der "courant normal", wie er vom SR bezeichnet wird, von der Stadt allein finanziert werden muss und die Sturzenegger Stiftung eigentlich nur darüber hinausgehende, projektbezogene Beiträge leisten soll, damit unsere Stadt zu kulturellen Highlights kommt, die sie alleine nicht finanzieren kann. Beim "courant normal" soll aber die Politik das erste und letzte Wort haben. Da wollen wir volle Transparenz. Es stellt sich also die Frage, wie viele der 5 1/2 Stellen dem "courant normal" zuzurechnen sind. Dies müsste klar deklariert und ausgewiesen werden. Erst dann ist das Ziel dieser Vorlage eigentlich endgültig erreicht. Wir erwarten also vom SR, dass er sich innert nützlicher Frist klarer zur Zukunft des Museums äussert, und die im Ergänzungsbericht angetippten Vorschläge konkretisiert. Wir möchten dazu heute vor allem einen Zeithorizont hören.

Unser Museum ist nicht nur wegen seiner Kunstsammlung und Ausstellungen im künstlerischen Bereich eine Perle, die es zu pflegen und hegen gilt. Als viertgrösstes Museum der Schweiz geniesst es über unsere Landesgrenzen hinaus einen Bekanntheitsgrad und Ruf, von dem nicht nur unsere Stadt, sondern die ganze Region profitiert. Diese Ausstrahlung bildet einen wichtigen Teil unseres Standortmarketings.

Darum darf uns das Geld, das wir hier auch für unsere nachfolgenden Generationen anlegen, nicht reuen. Es ist gut angelegt. Die SP bekennt sich deshalb zum Museum mit dem heutigen Leistungsangebot. Wir werden uns gegen einen allfälligen Leistungsabbau vehement wehren. Wir erwarten ein solches Bekenntnis eigentlich auch vom SR.

Etwas Unbehagen bereitet uns nämlich die Formulierung auf S. 4 des Ergänzungsberichts, wo der SR von einer „*Konzentration des Angebots*“ spricht, was ganz klar nach Leistungsabbau tönt. Was soll das heissen? Kann uns der SR da Konkretes verraten? Auch wenn wir die Finanzierung dieses Museums als eine Kernaufgabe unserer Stadt betrachten, sind wir nicht grundsätzlich dagegen, Finanzierungsalternativen zu prüfen. Insbesondere der Kanton müsste mehr in Pflicht genommen werden: So wie die übrigen Kulturinstitutionen in unserem kleinen Kanton eigentlich kantonale Funktionen übernehmen - die Stadtbibliothek ist faktisch eigentlich eine Kantonsbibliothek und das Stadttheater ein kantonales Theater -, so dient auch das Museum der Bevölkerung des ganzen Kantons und darüber hinaus auch noch breiten Schichten ennet des Rheins und der Landesgrenze. Die bescheidenen Beiträge, die der Kanton daran leistet, stehen in krassem Missverhältnis dazu.

Vorsichtig sein muss man mit der sog. Erhöhung des Eigenfinanzierungsgrades. Das Museum erfüllt wie die beiden anderen kulturellen Institutionen ja auch einen äusserst wertvollen Bildungsauftrag. Man möchte darum so viele Leute wie möglich abholen, um ihnen Geschichte, Kultur und Allgemeinwissen näher zu bringen. Kommerzielle Überlegungen haben dabei eine untergeordnete Rolle zu spielen. Das ist richtig so und muss auch so bleiben, denn es besteht immer die Gefahr, dass man damit genau das Gegenteil dessen bewirkt, was man mit diesen Einrichtungen eigentlich bezweckt. Das schlechte Beispiel mit der neuen Gebührenordnung des SR für die Benützung des Museums, die ohne Rücksprache mit den betroffenen Vereinen erlassen wurde, ist noch in bester Erinnerung. Wir erwarten hier einfach mehr Fingerspitzengefühl."

Die Votantin legt schliesslich noch Wert darauf, dass die Stelle der Museumsdirektion raschmöglichst ausgeschrieben und besetzt werden kann. Sie hofft auch, dass mit dieser Vorlage und den Berichten die Durchleuchtung und Reorganisation des Museums abgeschlossen ist und ein Schlusstrich gezogen werden kann.

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Im Gegensatz zur Ratskollegin Bänziger werde ich für mich sprechen. Wir werden selbstverständlich auf die Vorlage eintreten und auch den Anträgen zustimmen. Ich habe alle diese Berichte wieder studiert und dazu einige Gedanken gemacht.

Die Reorganisation ist abgeschlossen. Es braucht nun klarerweise eine Phase der Konsolidierung, eine Phase der Umsetzung und auch eine Phase der Bewährung. Wenn wir das so feststellen, dann ist es auch ganz klar, dass wir hier innehalten müssen und allfällige Korrekturen erst nach den gemachten Erfahrungen vornehmen sollen. Dazu braucht es durchaus zwei bis drei Jahre. Wir verfügen in Schaffhausen - das möchte ich auch aus freisinniger Sicht festgestellt haben - über ein für eine Provinzstadt ausgesprochen gutes, attraktives Kulturangebot in den verschiedensten Segmenten. Das macht uns über die Kantonsgrenzen hinaus stark.

Das ist bestimmt einer der wesentlichen Faktoren des Standort-Marketings.

Erlauben Sie mir trotzdem zwei kritische Anmerkungen in grundsätzlicher Hinsicht; eine zur Frage der Führungsebene und eine zur inhaltlichen Ausrichtung der städtischen Kulturpolitik im Rahmen der eher beschränkter werdenden finanziellen Möglichkeiten.

Zur Führungsebene:

Die von uns im Jahre 1999 beschlossene Doppelfunktion Museumsleitung/ Kulturbeauftragte/r scheint nun auch nach bereits kommunizierter Einsicht des SR und auch nach der unsrigen nicht der Weisheit letzter Schluss gewesen zu sein. Das manifestiert sich nicht nur, wie hier im Bericht umschrieben, in der Mehrfachbelastung oder auch in der tatsächlich festgestellten Überlastung der nun zurücktretenden Museumsdirektorin. Synergien konnten zwar genutzt werden. Aber solche Doppelfunktionen können natürlich auch zu Interessenkonflikten führen.

Der Stadtrat tut darum tatsächlich gut daran, die Frage einer personellen Trennung der weitgehend auf strategische Aufgaben ausgerichteten Stelle eines/r Kulturbeauftragten von derjenigen der mehrheitlich auf operativer Ebene tätigen Museumsleitung zu prüfen und auch den entsprechenden Änderungsantrag dem Grossen Stadtrat zu unterbreiten. Die Erfahrung zeigt, dass es wenig erspriesslich ist, wenn die Person, die über die Auswahl eines Produktes zu entscheiden hat, gleichzeitig auch Erzeugerin und Anbieterin eines Produktes ist. Da stimmt irgendwas nicht. Da wird so oder so ein Problem auftreten, wenn wir hier nicht eine Korrektur vornehmen. Ich kann hier ein gutes Beispiel aus dem Kanton vortragen, ohne lange Erläuterungen zu machen. Wir haben seit gut einem Jahr im Bereich der Informatik - auch die Stadt SH profitiert davon - eine Strategiestelle, installiert im Erziehungsdepartement. Diese Person hat sich mit der strategischen Ausrichtung und mithin auch mit der Auswahl des Produktes auseinander zu setzen, die entsprechenden Vorgaben zu machen. Die KSD, welcher früher beide Funktionen auszuüben hatte, kann sich nun auf den operativen Bereich und vor allem auch auf die Optimierung ihres Produktes, welches sie uns, dem Kanton und der Stadt anbietet, konzentrieren. Wir können bereits nach einem Jahr sagen, dass sich dies sehr positiv ausgewirkt hat und im übrigen zu keinerlei Friktionen zwischen diesen zwei Stellen geführt hat.

Zur inhaltlichen Ausrichtung der städtischen Kulturpolitik:

Wir wollen Schaffhausen als Kulturstadt weiter stärken, das Angebot mithin für die Bevölkerung attraktiver machen. Aber auch für die Kultur gilt selbstverständlich die Feststellung, die ja zur Zeit in der nicht sehr guten Wirtschaftslage auf sämtliche Bereiche der öffentlichen Hand zutrifft: Wir stehen in einem Spannungsfeld zwischen einer wachsender Anspruchshaltung, einem immer grösser werdenden Angebot und immer beschränkter werdenden finanziellen Ressourcen. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Mittelfristig wird es daher nicht möglich sein, das Angebot auf allen Ebenen und in allen Bereichen noch zu erweitern oder wenigstens auf bestehendem, hohem Niveau aufrecht zu erhalten. Die Entscheidungsgremien und mithin auch der SR werden daher nicht umhin kommen, Prioritäten zu setzen und die Frage zu stellen: Wie können die beschränkten zur Verfügung stehenden Mittel möglichst sinnvoll und nachhaltig in ihrer Wirkung auch im kulturellen Bereich eingesetzt werden?

Neue Schwerpunkte, neue Ansätze sind hier durchaus zu suchen. Damit könnten schmerzhaft Erfahrungen verhindert werden. Ich verweise da auf die Budgetprozesse, mit denen wir uns oft nicht immer nur in erfreulichem Sinne zu beschäftigen haben. Ich meine ganz konkret undifferenzierte und konzeptlose Pauschalkürzungsanträge, die es hiermit zu verhindern gilt. Hier haben die Kulturverantwortlichen der Stadt klare Akzente zu setzen im Rahmen der jetzt bestehenden Möglichkeiten.

Das Kulturgebäude Schaffhausen ist fragil. Es würde solche Vorstösse kaum unbeschadet überstehen. Es sind neue Formen oder der weitere Ausbau der Zusammenarbeit zu prüfen, auch über die Kantons Grenzen hinaus, wie es schon von Ratskollege Erwin Sutter angeregt wurde. Es existieren bereits gut funktionierende Gefässe, so beispielsweise im Rahmen der Internationalen Bodensee-Konferenz. Ich hoffe sehr, dass der Stadtrat und die Kulturverantwortlichen auch diesbezüglich ihre Verantwortung wahrnehmen.

Diese Aussage habe ich in der Hoffnung gemacht, es möge möglichst bald eine Phase der Hochkonjunktur geben, die uns auch im Bereich der Kultur - und selbstverständlich auch in allen anderen Bereichen der öffentlichen Hand - etwas mehr Handlungsspielraum ermöglichen würde."

An dieser Stelle - um 18.00 Uhr - unterbricht der Ratspräsident die Sitzung für eine Pause bis 19.00 Uhr.

Edgar Mittler (FDP)

Votum

"Einmal mehr wird auch im Ergänzungsbericht des Kulturreferenten über das fehlende Geld mir Recht gejamert. Wörtlich steht auf Seite 2 des Ergänzungsberichtes: *"Der stete Spardruck ist eine Herausforderung an den Erfindungsgeist des Personals und gleichzeitig bedeutet er auch Mehrarbeit, weil laufend weitere Geldgeber und günstige Anbieter gesucht werden müssen."* Es bräuchte gar nicht so viel Erfindungsgeist des Personals, wenn das Geld, das auf der Strasse liegt, endlich aufgelesen würde. Im Bericht wird mit keinem Wort von der Möglichkeit der Einführung einer City Card oder wenigstens von Eintrittsgebühren gesprochen. Mit relativ kleinem Aufwand könnten hier kurzfristig einige Zehntausendfranken generiert werden. Dass jetzt mein geschätzter Kollege Meister mit seiner heute eingereichten Motion betreffend Erhebung von Eintrittsgebühren quasi die Lorbeeren aus meinen verschiedenen Vorstössen in dieser Richtung ernten will, ist nicht unbedingt "gentlemanlike". Aber ich mag ihm dieses Glücksgefühl gönnen und hoffe, er werde selig damit. Schön wäre es, wenn der Stadtrat bis zur Behandlung dieser Motion sagen könnte, die Motion sei bereits erfüllt und könne abgeschrieben werden. In der Hoffnung, dass es mit den Eintritten vorwärts geht, werde ich auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

Roland Schöttle (FDP)

Votum

"Der Ergänzungsbericht, der uns zugestellt worden ist, war für mich zu schwammig und beinahe verunsichernd. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Präzision, wie sie SR Feurer heute Abend in seinem Votum engagiert gemacht hat, bereits in diesem Bericht zu Tage getreten wäre. Ich habe Respekt davor, was Thomas Feurer heute ausgeführt hat. Man merkt sein grosses Engagement in dieser Sache, trotz der Teufels Küche, durch die er getrieben worden ist. Ich bewundere dies auch in einem gewissen Mass.

Ich habe auch Respekt vor der Leistung der Sturzenegger Stiftung, die ich mir bei dieser Gelegenheit zu verdanken erlaube. Es ist für mich keine Selbstverständlichkeit, dass wir wie selbstverständlich über diese Gelder sprechen können. Diesen Schatz müssen wir gut hüten.

Ich war zu dieser ganzen Geschichte skeptisch. Ich darf Ihnen sagen, dass ich heute mit den Befürwortern zu diesem Bericht aufstehen werde.

Ich möchte aber trotzdem - weg vom Museum - ein Wort zum Kulturrat noch sagen, der ja jetzt auch wieder in Diskussion ist. Ich bitte den SR darum, mit der Chance, die bei der allfälligen Umformung des Kulturrates jetzt ansteht, subtil umzugehen. Es ist nach meiner Meinung eine Chance, denn eine gewisse Einseitigkeit, die der Kulturrat in seinem Tun hat, ist nicht zu verkennen. Das ist auch zwischen den Zeilen des Kulturreferenten zu bemerken. Es ist gründlich zu überdenken und allenfalls neu zu organisieren. Zu überdenken ist das, was Kollegin Gertrud Walch gesagt hat. Es wird von vielen, direkt Betroffenen in Schaffhausen empfunden, dass sich die sog. volksnahe Kultur in gewissen Bereichen in der Betreuung aus dem Kulturrat vernachlässigt fühlt. Die entsprechende Vertretung im Kulturrat ist personell zu überdenken und neu vielleicht mindestens ergänzend zu besetzen. Kultur besteht nicht nur aus Kulturmanagement, sondern sie besteht in erster Linie aus gelebtem und von MitbürgerInnen seit Jahrzehnten getragenen Kulturschaffen. Diese Selbstverständlichkeit, dass diese Leute das tun, darf man nicht so würdigen, dass man dies quasi als Voraussetzung betrachtet. Das sind KulturträgerInnen, die seit langer Zeit viel zum Gedeihen unserer Gesellschaft beitragen und entsprechend auch zu berücksichtigen sind.

Ich wünsche dem Stadtrat viel Glück im Umgang mit der neuen Situation um das Thema Museum und Kultur."

SR Thomas Feuerer

"Ich gehe gerne auf ein paar Voten, die wir gehört haben, ein.

Zuerst zu Esther Bänziger: Sie hat (im vorgetragenen Votum von Peter Neukomm) von einem schalen Nachgeschmack gesprochen und vor allem zu zwei Themen übergeleitet, unklare Übergangslösung und die Rolle der Stiftung." Der Kulturreferent wiederholt an dieser Stelle seine Ausführungen zur Rolle der Findungs-Kommission und zum zeitlichen Ablauf der Stellenausschreibung und Wiederbesetzung. Ergänzend führt er aus: "Wenn man davon ausgeht, dass jemand eine sechsmonatige Kündigungsfrist hat, so ist damit zu rechnen, dass die Stelle per 1. November 2003 wieder besetzt sein wird."

Weiter legt der Kulturreferent nochmals die Rolle und Bedeutung der Sturzenegger Stiftung für die Stadt Schaffhausen "als Mini Windler Stiftung" dar und wiederholt die Absicht des SR, mit der Stiftung eine Vereinbarung abzuschliessen, welche über die Amtszeit von Stadtpräs. M. Wenger und SR Th. Feuerer hinaus Gültigkeit haben soll. Der Kulturreferent geht mit der Auffassung von Peter Neukomm einig, dass die Stadt den "courant normal" des Museums mit eigenen Mitteln sollte bestreiten können.

SR Th. Feuerer kann sich der Ansicht von Raphaël Rohner anschliessen, dass diese Konsolidierungs- und Bewährungsphase jetzt angesagt sei. Die neue Leitung werde sehr sorgfältig eingeführt und mit der Aufgabe vertraut gemacht.

"Ich bin nicht ganz einverstanden mit der Aussage, dass die Kulturbeauftragung nur ein strategischer Job, und die Museumsdirektion ein operativer Job ist. Wenn mit der Kulturbeauftragung vor allem Leistungsvereinbarungen ausarbeiten, Subventions-Gesuche bearbeiten usw. verbunden ist, so ist das knallharte Knochenarbeit und zwar operative. Die Unterscheidung kann so nicht ganz gemacht werden. Wir werden diese beiden Ebenen auseinander nehmen, nicht ohne das Museum zu verpflichten, weiterhin eng mit den übrigen Kulturerbringern zusammen zu arbeiten.

Ich bin auch der Meinung, dass die Kulturangebote in der Stadt SH zu stärken sind. Dabei müssen wir vom Giesskannensystem wegkommen und eine Konzentration schaffen, wo wirklich substanzielle Unterstützungen für die Highlights, die wir haben, möglich sind. Dazu müssen die Kulturschaffenden in diesen Prozess eingebunden werden.

Wir sind in Schaffhausen bezüglich Kultur nicht zuletzt dank der Sturzenegger Stiftung im Vergleich zu anderen Orten in der Schweiz in einer glücklichen Lage. Nun wenn man in einer glücklichen Lage ist, so sollte man das einem auch ansehen. Ich hoffe, dass wir wieder zu diesem Zustand zurück finden.

Edi Mittler - zu den fehlenden Mitteln, die auf der Strasse liegen Wir bücken uns schon. Nur hat eine kürzliche Untersuchung bezüglich der wirtschaftlichen Situation gezeigt, dass die Erwartungen hinsichtlich Sponsorengelder bei allen Kulturschaffenden revidiert werden müssen. Ich kann Dir garantieren, dass ich jeden Franken auflesen werde, den ich auf der Strasse finde. Wir werden den "selig machenden" Vorstoss von Christian Meister ebenfalls aufnehmen. Die City Card haben wir noch in der Pipeline im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung zwischen Stadt und Kanton.

Zu Roland Schöttle kann ich sagen, der Ergänzungsbericht war vielleicht etwas schwammig. Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass zu dem Zeitpunkt, als wir den Bericht schreiben mussten, es mir auch etwas schwammig zu Mute war. Vor lauter Rauch habe ich den Wald fast nicht mehr gesehen. Inzwischen hat er sich langsam verzogen. Ich darf auch dem Parlament attestieren, dass ich die heutige Diskussion sehr gut und konstruktiv empfunden habe. Bezüglich der volksnahen Kultur bin ich etwas anderer Meinung. Die volksnahe Kultur hat erstens Ansprechpartner, die unter dem Titel Kulturrat und Musik genannt sind. Im Moment wäre Andreas Kühn der Ansprechpartner. Wenn Sie die Subventionsvergaben anschauen, ist es so, dass die volksnahe Kultur massiv profitiert. Alle drei Blasmusikkorps erhalten in der Zwischenzeit 10 - 11'000 Franken Grundsubvention. Das war früher nicht der Fall; darüber müsste man vielleicht auch einmal sprechen. Auch die Chöre stossen immer wieder auf Wohlwollen bei ihren Anfragen. Aber wir nehmen das Anliegen auf und werden die Leute im Kulturrat entsprechend sensibilisieren, wonach auch diese die Grundbedürfnisse abdeckenden und einen Bildungsauftrag wahrnehmenden Musiken und Chöre berücksichtigt werden sollten."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Sie haben unseren engagierten Museumsreferenten gehört. Es ist so, dass die Differenzen zwischen den Ansprüchen und den Ressourcen in dieser Stadt mittlerweile so gross geworden sind, dass man gute Kulturarbeit nur im Team erreichen kann.

Fredi Zollinger, Kultur ist Chefsache. Aber der Chef kocht auch mit in dieser Kultur. Ich habe seit 1997 mit Thomas Feuerer die Schritte, die zur Reorganisation im Kulturbereich geführt haben, aktiv mitgemacht. Ich habe die Reorganisation mit getragen. Ich habe mitverhandelt. Ich bin immer noch zuständig für die klassische Musik, für die Bachfeste. Ich bin neu zuständig für den Kulturrat. Der Kulturrat hat mit dem Kulturkonzept eine gute Kommunikationsleistung erbracht. Er hat auch ein sehr gutes Gerüst für die Leistungsvereinbarung verabschiedet. Er hat neu den Kulturbrief herausgebracht. Er ist daran, Kultur-Treffs zu organisieren. Es ist sehr viel in Bewegung geraten. Es ist daher auch ein Mehraufwand im strategischen Bereich zu verzeichnen.

Was wir an der Klausurtagung vom 2. - 4. April 03 dann effektiv beschliessen werden, und ob das auf die Traktandenliste in der Art kommt, wie das Fredi Zollinger vorgeschlagen hat, das lassen Sie getrost die Sache des Stadtrates sein. Er ist zuständig. Ich bin auch der Chef über den SR, über die Traktandenliste der Klausurtagung. Das müssen Sie mir schon zugestehen. Der Stadtpräsident ist Stellvertreter des Museumsreferenten. Ich habe in der Öffentlichkeit mehrfach erklärt, dass wenn ich als Stellvertreter gefragt bin, ich im Sinne der Verstärkung von Thomas Feuerer vor Ort bin.

Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, um auch Ihnen zu danken für die gute Diskussion, die Sie heute Abend zu diesem doch nicht einfachen Thema in der Öffentlichkeit geführt haben. Thomas Feuerer hat mit grossem Engagement im Museum zu Allerheiligen vieles verändert, was nötig war - die Reorganisation, die Verträge mit den Partnern. Ich war dabei konkret bei der Verhandlung der Verträge beispielsweise mit dem Kunstverein. Das war eine schwierige Übung. Aber wir haben am Schluss ein gutes Resultat erzielt. Weitere Aufgaben waren die Sicherheit, die Leistungsvereinbarung mit den einzelnen Kulturträgern und die Einbettung des Museums ins gesamte Kulturangebot. Denken Sie daran, was Thomas Feuerer bewegt hat bei der Sturzenegger Stiftung, und was wir gemeinsam am Anfang unserer Amtszeit bewegt haben bei der Stiftung Hallen für Neue Kunst. Wir haben damals eine Situation angetroffen, die finanziell nicht einfach war. Wir haben sie saniert und sind heute in einer Situation, wo wir eine zumindest bessere Ausgangslage als 1997 haben. Sie sehen, auch hier kocht der Chef. Es stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, wenn er jedes Gericht selber anrichtet. Ich glaube, man muss die Herrschaften über die Speisekarte beraten."

Stadtrat Thomas Feuerer

"Ich bin Esther Bänziger eine Antwort schuldig geblieben. Dies wird auch Bernhard Ott interessieren. Es wurde berichtet, dass wir quasi aus dem Hinterhalt die museumsnahen Vereine mit einer Gebührenordnung überrascht oder vergewaltigt haben. Dem ist nicht so. Die Gebührenordnung ist erstens überhaupt noch nicht in Kraft; von einer hinterhältigen Übung kann gar keine Rede sein. Zweitens ist es so, dass die museumsnahen Vereine von Privilegien profitieren werden. Zum Beispiel ist es so, dass sie alle vier Veranstaltungen zugestanden bekommen. Bis anhin ist das so gelöst worden, dass sie während den Öffnungszeiten gratis die Infrastruktur des Museums benützen können. Auch hier stehen wir im Clinch mit den Forderungen des Parlamentes, Einnahmen zu generieren. Wir müssen Gebühren erheben. Natürlich wollen wir das dort so tun, dass wir jene Leute, welche uns auch sonst wohl gesinnt sind und uns immer wieder helfen, privilegiert behandeln werden. Wir werden den Historischen Verein und andere Vereine in dieser Sache speziell noch einmal

begrüssen, bevor wir die Gebührenordnung in Kraft setzen werden. Es wird nicht so sein, dass man einfach für die Benützung des Museums 600 Franken bezahlen muss. So war es auch nicht gedacht, wurde es nicht kommuniziert, und ist es nicht unterschrieben, auch wenn das so gestanden ist und man deshalb bei Rainer Schmidig Zuflucht suchen musste. Bernhard Ott, ich möchte Dich bitten, Dich bei mir zu melden, damit wir diese Sache unter vier Augen bereinigen und eine befriedigende Antwort für Alle erarbeiten können."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Walter Hotz, 1. Vizepräsident, verliest die Vorlage der SPK vom 4. Dez. 2002 seitenweise, ebenso den Schlussbericht des Kulturreferenten vom 28. Mai 2002 mit dem Stellenplan und dem Organigramm sowie den Ergänzungsbericht des Kulturreferenten vom 28. Nov. 2002. Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

ANTRÄGE

Walter Hotz, 1. Vizepräsident, verliest die Anträge der SPK:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt in zustimmendem Sinn Kenntnis vom Schlussbericht des Kulturreferenten und der Direktorin Museum zur Reorganisation der städtischen Kulturbereiche vom 28. Mai 2002 sowie vom Ergänzungsbericht vom 28. November 2002.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Die Vorlage des Stadtrates zur Reorganisation des Museums zu Allerheiligen vom 14. November 2000 wird als erledigt abgeschrieben.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Der Grosse Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Mittel für die Stellenanpassungen im Jahr 2002 im Budget aufgenommen sind und die Stellen gemäss bewilligtem Stellenplan ab 2003 budgetwirksam werden.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Die Spezialkommission beantragt, dass der mit der Vorlage vom 23.02.1999 geforderte Bericht des Kulturreferenten zu den städtischen Kulturbereichen jeweils im Geschäftsbericht des Stadtrates erscheint.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage der SPK vom 4. Dez. 02 einschliesslich Schlussbericht und Ergänzungsbericht des Kulturreferenten vom 28. Mai bzw. 28. Nov. 02 mit **41 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

2. Teil

Traktandum 2 INTERPELLATION Thomas Neukomm (SP) - Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg?

vertagt infolge Erkrankung des Interpellanten

Traktandum 3 INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Erfahrungen mit Tempo-30-Zonen in der Stadt Schaffhausen

Peter Möller (GB) Begründung *

"Ende August 1995 hat der Grosse Stadtrat einer fundamental veränderten Vorlage des Stadtrates zur Einführung von Tempo 30 in unserer Stadt - ich werde später noch darauf zurück kommen - zugestimmt. Nach einem kurzen Zwischenspiel mit Abstimmung im Quartier, Änderung eines unmöglichen und undemokratischen Abstimmungsmodus konnte dann 1997 die erste Tempo-30-Zone im Quartier Emmersberg und in der Folge im Jahr 2000 eine zweite im Windegg-Quartier eröffnet werden. Nun ist die Einführung und Signalisation einer Zone ja das eine, doch damit ist es bei weitem noch nicht getan. Es gilt auch zu überprüfen, ob die entsprechenden Vorschriften eingehalten werden, und falls dies nicht der Fall ist, Abhilfe zu schaffen. Wie ich als Co-Präsident des Quartiervereins Emmersberg/Gruben erfahren musste, haben viele Personen in diesem Quartier das Gefühl, dass die Geschwindigkeitsbeschränkungen nur schlecht eingehalten und auch kaum kontrolliert werden. Die gleiche Erfahrung hat anscheinend auch die Quartiervereinspräsidentin von Buchthalen betreffend der Tempo-30-Zone in der Windegg gemacht. Nun ist es natürlich so - und das sehe ich auch - dass Fussgänger/innen die Geschwindigkeit von Fahrzeugen vielfach überschätzen. Aber glücklicherweise gibt es hierfür ja auch unbestechliche Geräte.

In diese Richtung zielen die Fragen 1 bis 4 der Interpellation, und hier möchte ich auch gleich noch einen Vorschlag mit Bezug auf die verkehrserzieherischen Massnahmen machen. Es ist klar, die Überwachung des fliessenden Verkehrs obliegt dem Kanton. Die Stadt hat hier noch die Mitspracherechte, die ihr im Polizeigesetz und seinen Ausführungsbestimmungen zugestanden worden sind. Doch gibt es ja Info-Radargeräte. Das sind Einrichtungen, die am Strassenrand aufgestellt werden können, und die dem Automobilisten dann die von ihm gefahrene Geschwindigkeit - ohne allfällige Bussenfolgen - aufzeigen. Wäre es nicht eine Idee, dass sich die Stadt Schaffhauser Verwaltungspolizei ein solches Gerät anschafft und an verschiedenen Orten in der Stadt - nicht nur in Tempo-30-Zonen - aufstellt? In der Regel werden sich die verantwortungsbewussten motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen - auch solche gibt es - dann ihrer unabsichtlichen Geschwindigkeitsübertretung bewusst und verlangsamen ihre Fahrt. Die Aufmerksamkeit nimmt allgemein zu.

Erfreut durfte ich sodann zur Kenntnis nehmen, dass kürzlich in der Tempo-30-Zone auf dem Emmersberg wieder die Zahl 30 in weisser Schrift auf die Strasse gemalt wurde. Auch dies ist eine sehr sinnvolle Massnahme, welche die VerkehrsteilnehmerInnen an die geltende Zonenhöchstgeschwindigkeit erinnert.

Doch nun zur Frage 5. Hier werde ich Sie ein wenig länger mit Ausführungen belästigen müssen. Lang ist es her, 1989 war es, da wurde eine Motion in diesem Rat erheblich erklärt, welche die Einführung von Tempo-30-Zonen in der Stadt Schaffhausen forderte. Die als Antwort auf diese Motion nach 5 Jahren ausgearbeitete Vorlage des Stadtrates war getränkt vom Geist der Abwehr und erklärte in Antrag 1 nichts anderes, als dass auf die Einführung von Tempo-30-Zonen in der Stadt Schaffhausen verzichtet werden sollte. Ich "danke" dem Stadtrat heute noch für die damalige Vorlage und damit für die Grundsteinlegung der unmöglichen Ausgangslage und den Folgen, wie wir sie heute zu tragen haben.

Erst in langwierigen Verhandlungen in der vorberatenden Kommission des Grossen Stadtrates konnte ein Kompromiss gefunden werden, der die Einführung von einzelnen Tempo-30-Zonen in der Stadt überhaupt - entgegen dem ursprünglichen Willen des Stadtrates - ermöglichte. Es war zwar nochmals eine Überarbeitung der Rahmenbedingungen notwendig, aber endlich konnte danach im Quartier Emmersberg die erste Tempo-30-Zone eröffnet werden.

Wie läuft es denn heute ab, wenn ein Quartier eine Tempo-30-Zone möchte? Ich werde es Ihnen kurz schildern. Nachdem der Anstoss zur Schaffung einer Zone aus einem Quartier erfolgt ist, wird dieses Anliegen von der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte geprüft. Sofern diese nicht mit dem Anliegen einverstanden ist, hat sich die Sache erledigt. Falls sich die Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte gnädig erweist, so schaut sie, ob eine verkehrsberuhigte Quartierstrasse, eine Wohnstrasse (d.h. heute wäre dies wohl eine Begegnungszone) oder gar eine Zonensignalisation gemäss den ursprünglich geäusserten Wünschen der Quartierbevölkerung eingerichtet werden soll. Sie bemerken, der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte kommt im Zusammenhang mit Tempo-30-Zonen eine zentrale Bedeutung zu. Wie setzt sich denn nun diese Arbeitsgruppe zusammen? Es sind drei Personen aus dem Tiefbauamt, der Chef der Verwaltungspolizei und ein Mitglied des Grossen Stadtrates, unser Ratskollege Fredi Zollinger. Nun habe ich erfahren, dass genau Ratskollege Zollinger bei den Workshops des Kantons zum Thema Nachhaltigkeit jeweils als Vertreter des TCS auftritt. Er ist dort Vorstandsmitglied und designierter Präsident dieses Automobilclubs, wozu ich ihm gratuliere. Und hier stellt sich mir dann schon eine Frage, was die Ausgewogenheit der Zusammensetzung dieser Kommission angeht. Damit Sie mich recht verstehen, ich habe gar nichts dagegen, dass Ratskollege Zollinger in der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte Einsitz hat, denn ich kenne ihn aus der Zusammenarbeit in der GPK als absolut integren Menschen. Aber genau darum ist es auch klar für mich, dass er natürlich auch in der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte wohl eher die Interessen des TCS, also der motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen, vertritt, und sei dies auch nur unbewusst. Denn schliesslich ist er ja keine Windfahne. Selbstverständlich hält sich die Arbeitsgruppe an die früheren und auch jetzt noch in unserer Stadt gültigen Vorgaben. Doch räumen diese den Entscheidgremien in den Gemeinden einen sehr grossen Ermessensspielraum ein, und wenn dann halt die Bereitschaft oder Offenheit für die Einführung von Tempo 30 nicht vorhanden ist, und zudem sich in dieser Arbeitsgruppe kein ausgesprochener Befürworter von Tempo-30-Zonen befindet, ist es klar, in welche Richtung der Entscheid zielt. Bloss keine Zone, und wenn man schon nicht darum herum kommt, dann muss sie so klein wie möglich werden. Und da sind wir eigentlich wieder bei der Ausgangslage oder Geburtsstunde von Tempo-30-Zonen in dieser Stadt.

Man - und damit meine ich die verantwortlichen Stadträte sowie einen grossen Teil der Verwaltung und dieses Parlamentes - will sie einfach nicht haben in Schaffhausen.

Das steht nun aber in diametralem Gegensatz zu den Wünschen der betroffenen QuartierbewohnerInnen. Diese Einschätzung wird auch durch Rückmeldungen aus den Quartieren Niklausen und Winkelried gestützt, welche ich nach Einreichung meiner Interpellation erhalten habe. So kann es wohl nicht weitergehen mit der von breiten Teilen der Quartierbevölkerung gewünschten Einführung von Tempo-30-Zonen in den Wohnquartieren unserer Stadt. Auf Bundesebene wurden in der Zwischenzeit die Rahmenbedingungen für die Einführung dieser Zonen gelockert. So ist zum Beispiel neu ausnahmsweise auch der Einbezug von Hauptstrassenabschnitten in Tempo-30-Zonen möglich (pro memoria, die geltende Schaffhauser Regelung schliesst nur schon den Einbezug von Sammelstrassen und Busrouten in der Regel aus).

Dieser Rat kann nun aber nicht der Ort sein, eine neue Detailregelung zu erarbeiten. Jedoch könnte diese Aufgabe der von mir bereits erwähnten Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte übertragen werden. Dabei wäre dann aber zu berücksichtigen, dass in dieser Arbeitsgruppe die Interessen der nicht motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen krass untervertreten sind. Ich bin mir bewusst, dass die Wahl resp. Einsetzung dieser Arbeitsgruppe klar in die Kompetenz des Stadtrates fällt und masse mimatürlich nicht an, hier "Stadträtis" spielen zu wollen. Aber ich denke, Vorschläge darf man dem Stadtrat auch für die in seiner Kompetenz liegenden Aufgaben machen. Ich möchte dem Stadtrat daher beliebt machen, die Arbeitsgruppe grundsätzlich und natürlich insbesondere im Hinblick auf eine Überarbeitung der derzeit geltenden Richtlinien der Stadt mit mindestens einem/r Interessenvertreter/in der nicht motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen zu ergänzen.

Ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen und möchte Ihnen hier nur noch in Erinnerung rufen, dass es wohl kaum ein Gemeinwesen in der Schweiz gibt, das dermassen komplizierte, bürokratische und restriktive kommunale Vorschriften mit Bezug auf die Einführung von Tempo-30-Zonen kennt. Das ist nun ein unrühmlicher Stadt Schaffhausen-Sonderfall, der möglichst bald der Vergangenheit angehören sollte."

SR Kurt Schönberger Antwort des Stadtrates *

"Der Interpellant erkundigt sich nach den Erfahrungen mit den in der Stadt Schaffhausen eingeführten Tempo-30-Zonen. Der Stadtrat ist gerne bereit, eine Zwischenbilanz zu ziehen, die gemachten Erfahrungen darzulegen und die gestellten Fragen zu beantworten.

Seit Juli 1997 besteht im Quartier Emmersberg / Zündelgut eine Tempo-30-Zone. Im Mai 2000 wurde eine Tempo-30-Zone im Quartier Buchthalen-Windegg eingeführt.

Zu den gestellten Fragen nimmt der Stadtrat wie folgt Stellung:

1. *Wie viele Geschwindigkeitskontrollen wurden in den bestehenden Zonen bis heute durchgeführt?*

Durch die Schaffhauser Polizei wurden von 1998 bis September 2002 insgesamt 19 Geschwindigkeitsmessungen, an unterschiedlichen Tagen und zu verschiedenen Tageszeiten, durchgeführt.

Im Gebiet Emmersberg / Zündelgut gab es 17 Messungen, wobei insgesamt 59 FahrzeuglenkerInnen gebüsst werden mussten. Davon konnten 54 Übertretungen im Ordnungsbussenverfahren (das sind Übertretungen bis Fr. 250.-- Busse oder bis 15 km/h Geschwindigkeitsübertretung) erledigt werden. Fünf Fälle mussten im ordentlichen Verfahren, als Verzeigung an das Verkehrsstrafamt, erledigt werden. Ausser einer Busse hatte dies administrativ auch eine Androhung auf Führerausweisentzug zur Folge. 22 Personen oder 37,3% der fehlbaren LenkerInnen wohnten in der Tempo-30-Zone selbst. Die bei einem Motorradfahrer gemessene Spitzengeschwindigkeit betrug 51 km/h. Bei zwei Messungen an der Säntisstrasse wurde eine Anwohnerin mit 37 km/h und ein ebenfalls im Quartier ansässiger Motorradlenker mit der gleichen überhöhten Geschwindigkeit gemessen.

An der Windeggstrasse wurde bislang eine Messung durchgeführt, wobei keine Übertretungen registriert werden mussten.

2. Wie waren die Resultate dieser Messungen?

Die Frage wurde bereits mit der Antwort auf die Frage 1 behandelt. Aufgrund der bis anhin durchgeführten Messungen in den Tempo-30-Zonen der Stadt Schaffhausen kann gesagt werden, dass sich die Geschwindigkeitsüberschreitungen im üblichen Rahmen bewegen. Offensichtlich wird das Tempo-30-Regime grundsätzlich akzeptiert. Festzustellen ist, dass die Übertretungen grossmehrheitlich von Ortskundigen begangen werden, und dass über ein Drittel der Fehlbaren in der Tempo-30-Zone wohnt.

3. Erscheint dem Stadtrat die Akzeptanz der Geschwindigkeitsvorschriften genügend?

Theoretisch müsste diese Frage, solange es Übertretungen gibt, mit Nein beantwortet werden. Der Stadtrat ist sich jedoch bewusst und im Klaren darüber, dass es, aus welchen Gründen auch immer, jederzeit wieder zu Übertretungen kommen kann. Er ist deshalb bestrebt, einfache Verbesserungen, wie sie bei der nächsten Frage erwartet werden, zu realisieren.

Von Seiten der VBSH haben wir folgende Stellungnahme erhalten:

"Die Busroute auf dem Emmersberg wurde in einem längeren Bereich in eine Tempo-30-Zone mit einbezogen. Hier war dies kein Problem, weil

- die Verkehrs- bzw. Gefahrensituation sowieso keine wesentlich höheren Geschwindigkeiten erlaubt und die Fahrzeitverlängerung damit unwesentlich ist,
- die Umlaufzeiten ausreichend sind, und
- der Rechtsvortritt unterbunden ist.

Eine ablehnende Haltung nehmen die VBSH jedoch dann ein, wenn

- a) die Fahrzeitverlängerung ins Gewicht fällt,
- b) die Umlaufzeiten knapp sind, und
- c) der Rechtsvortritt gewährt werden müsste.

Die Punkte a) und b) können wesentliche Kostenfolgen bewirken (zusätzliches Fahrzeug), Punkt c) ist ein klarer Nachteil für den Busverkehr und bewirkt ebenfalls Fahrzeitverlängerungen. Für die Fahrgäste kann sich aufgrund eines falschen subjektiven Sicherheitsgefühls im Bus ein Problem ergeben (Stürze bei Bremsvorgängen).

4. Falls nicht, welche Massnahmen erzieherischer und/oder baulicher Art gedenkt der Stadtrat zu ergreifen, um eine bessere Akzeptanz zu erreichen?

Das Missachten der Limiten erfolgt häufig unabsichtlich. Das heisst, wer eine gewisse Strecke innerhalb einer Zone gefahren ist, und nicht daran "erinnert" wird, dass er sich in einem speziellen Regime befindet, vergisst dies.

Um garantieren zu können, dass Tempo-30 immer und in jedem Fall eingehalten wird, wären letztlich kostenintensive, bauliche Massnahmen notwendig.

Dies kommt aus finanziellen Überlegungen sicher nicht in Frage. Es widerspricht in gewissem Sinne nämlich auch der neuen, seit 1. Januar 2002 geltenden Vorschrift des Bundes, die nicht mehr um jeden Preis massive bauliche Massnahmen verlangt, sondern neu auch ganz offiziell zum Beispiel das wiederholte, ca. 2 m grosse Tempo-30-Signet auf der Fahrbahn zulässt, ja dieses sogar empfiehlt. Mit der Markierung "30" direkt auf der Fahrbahn sollen die FahrzeuglenkerInnen an das Tempo-30-Regime erinnert werden.

In den bestehenden Tempo-30-Zonen sind solche Markierungen bereits angebracht worden. In möglichen neuen Gebieten sollen sie ebenfalls Bestandteil der Zone werden.

5. Ist der Stadtrat bereit, dem Grossen Stadtrat neue, an die geänderten Bundesvorschriften angepasste 'Richtlinien' zur Einführung von Tempo-30-Zonen zum Entscheid vorzulegen?

Die Beschlüsse des Grossen Stadtrates vom 22. August 1995 resp. vom 26. November 1996 enthalten folgende Bedingungen:

Tempo-30-Zonen in einzelnen Gebieten können bewilligt werden, sofern

- die Vorschriften des Bundes eingehalten sind,
- die schriftliche Zustimmung der Mehrheit der an der Abstimmung darüber teilnehmenden mündigen Zonenbewohner/innen vorliegt, nachdem ihnen ein Vorprojekt/Grobkonzept präsentiert worden ist, und
- Busrouten und Sammelstrassen nicht einbezogen werden.
- Ausnahmeregelungen dürfen nur nach sorgfältiger Abwägung aller Interessen der Verkehrsteilnehmer/innen und Quartierbewohner/innen getroffen werden und sind zu begründen.

Die Bundesvorschriften zu Tempo-30-Zonen haben sich nicht derart geändert, dass die Schaffhauser Praxis angepasst werden müsste. Die Differenz zwischen Bundesvorschriften und den Schaffhauser Richtlinien besteht hauptsächlich darin, dass in der Stadt Schaffhausen die Zonenbewohnerinnen und -bewohner in einer Abstimmung über die Einführung einer Tempo-30-Zone befinden können bzw. befinden müssen. Dies ist aber kein Widerspruch zu den eidgenössischen Vorschriften, sondern eine lokalpolitische Eigenheit, welche der Grosse Stadtrat mit Beschluss vom 22. August 1995 (mit Ergänzungsbeschluss vom 26. November 1996) so beschlossen hatte. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass eine solche Abstimmung die Akzeptanz einer Tempo-30-Zone erhöht, und somit auch mögliche Einsparungen auf ein Minimum reduziert.

Der Stadtrat ist deshalb auch der Meinung, dass das bestehende Verfahren, im Sinne der Bürgerfreundlichkeit, beibehalten werden soll, auch wenn es etwas zeit- und damit auch kostenintensiver ist.

Nach Ansicht des Stadtrates sollen die erwähnten Beschlüsse also weiterhin ihre Gültigkeit behalten. Dies auch insbesondere unter Berücksichtigung der Volksabstimmung auf eidgenössischer Ebene vom 4. März 2001 (Volksinitiative "Strassen für Alle", welche eine generelle Höchstgeschwindigkeit innerorts von 30 km/h vorsah), die vom Souverän mit rund 80% Nein-Stimmen aber sehr deutlich verworfen wurde.

Der Bundesrat hatte die Initiative zur Ablehnung empfohlen, und zwar ohne Gegenvorschlag. Als Hauptgrund für die damalige Ablehnung dürfte die Tatsache gewesen sein, dass generell innerorts Tempo 30 gefordert wurde, will heissen, auf allen Strassen und nicht nur in Wohngebieten.

Noch zu den Anmerkungen von Interpellant GrSR Möller. Er macht einen Vorschlag bezüglich des Einsatzes von Info-Radargeräten. Dies muss man der Polizei vielleicht als Wunsch des Herrn Interpellanten zur Prüfung mitgeben. Das gehört nicht in mein Referat.

Weiter spricht der Interpellant die Zugehörigkeit von GrSR Alfred Zollinger in der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte als Vertreter des Grossen Stadtrates an. Herr Zollinger hat mir im Zusammenhang mit der Übernahme der neuen Funktion als Präsident des TCS bereits angekündigt, dass er aus dieser Arbeitsgruppe zurücktreten wird. Ich darf Ihnen ankündigen, dass wir diesen Rücktritt zum Anlass nehmen werden, uns generell über die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe Gedanken zu machen. Ich nehme gerne die Anregung auf, eine/n nicht motorisierte/n VerkehrsteilnehmerIn allenfalls da aufzunehmen. Ich denke auch, dass wir eine Delegation der Quartiervereine aufnehmen könnten. Ich möchte aber diese Arbeitsgruppe nicht allzu gross werden lassen. Aber über die Empfehlung, eine nicht motorisierte Person aufzunehmen, kann man sich sicher Gedanken machen."

Kurt Zubler (SP) beantragt Diskussion.

Der Rat folgt diesem Antrag stillschweigend.

Kurt Zubler (SP) Votum *

"Herr Möller hat schon angeführt, dass die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte Anlass zu einigem Stirnrüzeln gegeben hat. Wir haben in der SP Fraktion VertreterInnen all dieser Quartiere, welche Tempo-30-Zonen wünschen, eingeladen. Auch diese störte die erwähnte Zusammensetzung und wir möchten nochmals darauf dringen, dass man diesen Punkt bereinigt. Das stadträtliche Vorgehen, ein Mitglied des Grossen Stadtrates, welches vor allem die motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen vertritt und im TCS eingebunden ist, in diese Arbeitsgruppe zu wählen, kommt einem vor, wie wenn man in die Rebbaukommission eine Vertretung des Blauen Kreuzes entsenden würde. Das wäre vielleicht auch nicht der Sinn der Sache. Aber wir haben ja Hans Ith in dieser Kommission.

Ein weiterer Punkt, der kritisiert worden ist, ist das geltende generelle Vorgehensschema zur Einführung von Tempo-30-Zonen.

Es gleicht noch heute einem eigentlichen Hindernisparcours. Bereits im Zusammenhang mit der Einführung der Tempo-30-Zone Emmersberg hat sich die Stadt Schaffhausen damals aus lauter Angst vor der damaligen Autopartei und ihren Anhängern ein einmaliges Verhinderungsverfahren zugelegt, das später modifiziert werden konnte. Trotzdem hat man sich damit Schweiz weit lächerlich gemacht. Diesen Fehler scheint man nun nicht mehr machen zu wollen, weshalb man sich auf die vermeintlich erfolversprechendere Zermürbungstaktik mit Endlos-Verfahrens- und Bewilligungsschlaufen verlegt hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Vertreter der Arbeitsgruppe Winkelried zitieren. Er hat den Wunsch geäußert, "es wäre sehr wünschenswert, wenn Sie Ihr Wissen - damit meint er uns - zur Vereinfachung und zum speditiven Ablauf nach den neuen Vorschriften des Bundes einbringen könnten."

Den Wunsch von BewohnerInnen nach Bürgernähe und vereinfachten, transparenten Abläufen sollten wir uns zu Herzen nehmen. Ich habe mir deshalb die Zeit genommen, um kurz in unser Leitbild hinein zu schauen. Ich zitiere gerne ein paar Sätze zu diesem Thema daraus:

'Die Stadt ist heimelig und ist doch heimlich progressiv.'

Man kann es mit der Heimlichkeit auch zu weit treiben und die Menschen in der real existierenden Heimeligkeit versauern lassen.

'Die Stadt Schaffhausen verfügt über ruhige und grüne Wohnquartiere. Die Stadt Schaffhausen ist familien- und kinderfreundlich mit gewachsenen Strukturen, in denen sich alle Bevölkerungskreise wohl fühlen können.'

Tatsächlich hat der Stadtrat richtig erkannt, dass ruhige und vor allem verkehrsberuhigte Wohnquartiere ein wichtiger Faktor bei der Wohnsitznahme darstellen. Dies gilt vor allem für die raren Exemplare von jungen wohlhabenden Schweizer Familien, um die ja derzeit sämtliche Kommunen und Kantone in der Schweiz gleichermaßen buhlen. Mit einem Quartierverkehrskonzept, das sich am Vorbild der Pilatusstrasse im Seewadelquartier orientiert, würden wir uns bei diesem Personenkreis jedenfalls mehrheitlich Lorbeeren holen.

'Die Stadt Schaffhausen erfüllt ihre Aufgaben mit bürgernahen, handlungsfähigen politischen Behörden und einer kundenfreundlichen, leistungsfähigen Verwaltung.'

Wenn ich mir nun die im Laufe der Zeit angestaute Frustration unter etlichen Engagierten für Tempo-30-Zonen vor Augen halte, dann frage ich mich schon, ob diesbezüglich nicht noch einiges nachzuholen wäre. Denn merke: Aktive und engagierte EinwohnerInnen auf dem Weg der Verfahrensbürokratie zu vergraulen, ist ein Luxus, den sich ein demokratisches Gemeinwesen heutzutage nicht mehr leisten kann. Dann doch lieber mutige Entscheide - seien sie positiv oder negativ -, klar vertreten durch die zuständigen Stadträte. Dann können sich die Leute wenigstens daran reiben oder sich dagegen wehren.

Alfred Zollinger (SVP) Votum

"Ich wurde schon mehrfach erwähnt im Zusammenhang mit dem TCS. Ich bin selbstverständlich froh, dass Sie so Werbung machen für den TCS. Peter Möller kann ich bezüglich der Geschwindigkeits-Messanzeigen sagen, dass der TCS schon mehrfach diese sog. "Speedys" in der Stadt Schaffhausen aufgestellt hat.

Er wird das sicher auch in Zukunft wieder machen. Vielleicht wenden Sie sich einmal an diese Stelle, evtl. gibt es eine Möglichkeit.

Kurt Zubler, die in Schaffhausen geltende Regelung zur Einführung von Tempo-30-Zonen ist keine Verhinderungspolitik. Mit dem Verfahren, welches wir heute haben, können wir verhindern, dass es Einsprachen gibt, indem die QuartierbewohnerInnen abstimmen und Ja oder Nein sagen können. Wenn die Abstimmung ein Ja ergibt, kann man an die Realisierung gehen. Wir haben in dieser Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte auch oftmals Stirnrünzeln. Das kommt daher, weil man nicht die gleiche Sprache spricht. Es gibt Unterschiede. Man hat Vorstellungen, die gar nicht realisiert werden können. Wir haben im Zusammenhang mit der Einführung von Tempo-30-Zonen klare Verhältnisse geschaffen. Darum bin ich auch ganz klar der Auffassung, dass das, was wir heute haben, behalten werden sollte. Was geändert werden sollte: Der Begriff Sammelstrasse müsste durch verkehrsorientierte Strassen ersetzt werden, weil diese nämlich neu im BfU-Merkblatt über Tempo-30-Zonen so genannt werden. Die verkehrsorientierten Strassen führen auch in die Quartiere; sie müssen von den siedlungsorientierten Strassen - sprich Querstrassen - die Autos wegnehmen. Auf den verkehrsorientierten Strassen soll der Verkehr fliessen, damit man nicht durch die siedlungsorientierten Strassen fährt. Da gibt es gelegentlich Diskussionen, was schlussendlich wohin gehören soll.

Wir haben mit dem bisherigen Verfahren gute Erfahrungen gemacht. Wir sind im Moment in einem Quartier noch in Diskussion bezüglich eines Strassenstückes. Es heisst: Die Strassenverhältnisse sollen gleich sein. Wenn die Strassentypen unterschiedlich sind, hat man eine neue Situation.

Ich möchte ebenfalls noch auf die von SR Schönberger erwähnte Volksabstimmung auf eidgenössischer Ebene vom 4. März 2001 (Volksinitiative "Strassen für Alle", welche flächendeckend eine generelle Höchstgeschwindigkeit innerorts von 30 km/h vorsah), hinweisen.

Die Initiative wurde vom Souverän
gesamtschweizerisch mit rund 80% Nein-Stimmen
im Kanton Schaffhausen mit 76 % und
in der Stadt Schaffhausen mit 72 % deutlich verworfen.

Wo es sinnvoll ist, soll die Tempo-30-Zone eingeführt werden.

Neu kommen die FäG (fahrzeugähnliche Geräte) wie Inline-Skates, Rollschuhe, Kickboards, Mini-Trottinette, Kinderräder und Rollbretter. Diese dürfen auf den Fahrbahnen von Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen eingesetzt werden.

Wenn wir verkehrsorientierte Strassen in einer Tempo-30-Zone haben, wenn wir Busrouten drin haben, dann können diese FäG dort verkehren. Das erhöht das Unfallrisiko und könnte eine teure Rechnung werden.

Wenn ich zurückdenke an die Arbeit der damaligen SPK, so muss ich sagen, dass diese sehr weitsichtig gehandelt hat. In den heutigen Tempo-30-Zonen der Stadt SH können die FäG verkehren, ohne dass wir etwas ändern müssen.

GrSR Zubler hat die Pilatusstrasse im Seewadelquartier als löbliches Beispiel für eine Tempo-30-Zone und die damit verbundene Wohnqualität der dortigen BewohnerInnen genannt. Früher war dies eine Spielstrasse.

Fragen Sie einmal, wer diese Strasse so bezahlt hat? Das waren die AnwohnerInnen, welche diese Spielstrasse anteilmässig bezahlen mussten. Heute gibt es auch gewisse Grundlagen, wodurch die AnwohnerInnen an verkehrsberuhigten Wohnstrassen zur Bezahlung von Mehrwertsbeiträgen verpflichtet werden können.

Ich möchte nochmals festhalten, dass die seinerzeit gesetzten Leitplanken zur Einführung von Tempo-30-Zonen nicht geändert werden müssen. Mit dem von der Stadt SH gewählten Verfahren können - im Gegensatz zu anderen Städten - Einsprachen vermieden werden.

Schliesslich möchte ich die Aussage von SR Schönberger bestätigen, dass es für mich sonnenklar ist, dass ich auf den Zeitpunkt, wo ich das Präsidium des TCS antrete, aus der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte zurücktreten werde. Dies habe ich in unserer Fraktion bereits deponiert."

Der Votant legt noch Wert auf die Feststellung, dass er in dieser Arbeitsgruppe nicht als Vertreter des TCS sondern als Vertreter des GrSR tätig war, was er immer in den Vordergrund gestellt habe. Wenn man mit dem TCS korrespondiert habe, so sei das nicht über ihn, sondern über den Präsidenten des TCS gelaufen.

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich möchte den Ball hier aufnehmen. Ratskollege Peter Möller hat mit Unterstützung von Kurt Zubler nach meiner Meinung mit einem gewissen Recht gefordert, dass vielleicht in dieser Arbeitsgruppe ein ausgeprägter Vertreter des nicht motorisierten Verkehrs Einsitz nehmen sollte. Der Stadtrat hat das wohlwollend entgegen genommen. Mit ähnlicher Argumentation könnte auch gefordert werden, dass ein ausgeprägter Vertreter des motorisierten Verkehrs in dieser Gruppe sein sollte. Ich wünsche vom SR, dass er mein Anliegen, eine Vertretung entweder des TCS oder des ACS in diese Arbeitsgruppe aufzunehmen, auch in die positiven Erwägungen mit einbezieht."

Mariann Keller (SP) Votum

"Was mir in dieser Diskussion fehlt, ist die Anerkennung für all die BürgerInnen, die sich für ihre Wohnquartiere engagieren. Hinter dem Anliegen für Tempo 30 steht eine Gruppe von Leuten, die auf eine harte Geduldsprobe gestellt wird, wenn am heute gültigen Verfahren festgehalten wird. Die Stadt SH zeigt sich nicht gerade Tempo 30 freundlich. Im Gegenteil. Alle interessierten Gruppen für Tempo 30 haben bisher den Eindruck erhalten, dass ihre Anliegen für wohnlichere Quartiere und mehr Sicherheit für FussgängerInnen und Kinder keinen besonderen Stellenwert geniessen. Mit der jetzigen Praxis der Stadt werden diese Leute enttäuscht und frustriert. Das muss sich schnellstens ändern."

Peter Möller (GB) Interpellant

"Zur Antwort des SR in Bezug auf die Geschwindigkeitsmessungen ist zu sagen, dass ich gerade mal auf 3 - 4 Messungen pro Jahr komme, wenn ich richtig gerechnet habe. Das ist nicht sehr viel. Da wundert es mich nicht, dass relativ wenig Übertretungen festgestellt werden. Was mich gefreut hat ist, dass gleichwohl Massnahmen verkehrserzieherischer Natur überdacht werden, und dass man bereit ist, solche zu ergreifen."

Weder ich noch andere BefürworterInnen von Tempo-30-Zonen sind der Meinung, dass diese grosse bauliche Massnahmen erforderlich machen. Nun scheint mir die Beschränkung auf die weissen Markierungen auf dem Boden doch etwas dürftig. Es wäre nun interessant, wenn der Polizeireferent etwas dazu sagen würde, wie es mit den mobilen Radaranlagen aussieht. Ich danke Alfred Zollinger für das Angebot. Wir werden davon unter Umständen vom Quartierverein aus gerne einmal Gebrauch machen. Ich habe das Gefühl, dass es einer Stadt in der Grössenordnung von Schaffhausen nach Abwägung der Kosten nicht schlecht anstehen würde, ein solches Gerät anzuschaffen.

Bei der Diskussion über die geltenden Richtlinien bin ich eigentlich enttäuscht. Ich habe schwer das Gefühl, dass der SR da noch einmal über die Bücher muss, vor allem wenn ich vom jetzigen Vertreter der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte klar gehört habe, dass der Ausdruck Sammelstrasse in diesem Beschluss nichts mehr zu suchen hat, sondern dass wir sinnvollerweise jetzt von verkehrsorientierten Strassen reden. Da sprechen wir schon von etwas Anderem.

Es freut mich, dass man generell über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte nachdenken will. Eine ausgewogene Zusammensetzung scheint mir dabei unabdingbar. Was ich weniger notwendig erachte ist, dass da noch Vertreter vom Quartierverein Einsitz nehmen. Es soll doch eine Fachgruppe sein. Man kann Vertreter von Quartiervereinen beiziehen, wenn es um ein bestimmtes Quartier geht. Aber da muss das Gespräch ohnehin gesucht werden zwischen der Stadt und dem Quartierverein. Ich hoffe, dass man sich das noch einmal überlegt, sonst überlege ich mir irgend etwas im Zusammenhang mit unseren Beschlüssen.

Kurt Zubler (SP)

Votum

"Es wurde jetzt zweimal vom miserablen Ergebnis dieser Volksinitiative "Strassen für Alle" gesprochen. Auch der Bundesrat hatte damals argumentiert, man solle dagegen sein, weil man nicht alle Strassen drin haben will. Es wurde vom Bundesrat in Aussicht gestellt, das Verfahren zu vereinfachen, um schneller und mehr Tempo-30-Zonen möglich zu machen. Das hat der Bundesrat auch eingehalten. Wieso sollten wir dem nicht folgen?"

Bezüglich der Akzeptanz von Tempo-30-Zonen ist zu sagen, dass in der Stadt Zürich bis heute 122 solcher Zonen eingeführt wurden. Es hat dort Einsprachen gegeben, sie wurden trotzdem eingeführt. In einer Umfrage zu den Tempo-30-Zonen nach der Einführung äusserten sich im letzten Jahr 90 Prozent der befragten QuartierbewohnerInnen positiv. Viel wichtiger aber scheint mir, dass die Unfallzahlen in diesen Zonen sehr deutlich abgenommen haben. Bei den FussgängerInnen und Kindern haben sich die Unfallzahlen gegenüber vorher halbiert. Ich möchte Sie schon fragen: Sollten wir nicht auch an möglichst zufriedenen Quartier-BewohnerInnen und möglichst tiefen Unfallzahlen interessiert sein?"

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Ich möchte darauf hinweisen, dass in dieser Diskussion das Thema Langsamverkehr bagatellisiert wird. Ich sage nicht, dass das alle gemacht hätten. Wenn ich aber denke, was wir heute Nachmittag diskutiert haben - da war einmal mehr ein "workshop" des Kantons zum Thema Wirkungsanalyse.

Bei dieser Wirkungsanalyse geht es darum, die wichtigen Faktoren herauszufinden und die Hebel, wo man ansetzen muss, um die Situation im Kanton Schaffhausen zu verbessern. Dazu gehört auch die Frage: Was ist eigentlich Lebensqualität? Dazu wurde klar gesagt, dass die Lebensqualität in einen Zusammenhang steht zur Bevölkerungszahl. Eine gute Lebensqualität wirkt sich positiv auf die Bevölkerungszahl aus. Zur Lebensqualität gehört auch der Langsamverkehr in den Quartieren. Ich glaube nach wie vor an das Gute im Menschen, an seine Lernfähigkeit, dass immer wieder Menschen entdecken werden, wie wichtig dieses Thema ist, dass wir uns um diesen Langsamverkehr bemühen. Auch wenn das Resultat der Abstimmung über die Volksinitiative "Strassen für Alle" nicht so toll war, müssen wir an unseren Zielen festhalten, weil es wirklich im Sinne der Kinder und der alten Menschen ist. Wir haben allen Grund, das Anliegen von Peter Möller zu unterstützen. Ich möchte mich also solidarisieren mit ihm und auch mit dem Wunsch nach einem Radargerät, damit er nicht so allein im Protokoll steht."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich möchte Ihnen sagen, weshalb ich keine Probleme habe mit Tempo-30-Zonen. Ich verhalte mich als Autofahrer richtig, wenn ich in reinen Wohnstrassen mit reduziertem Tempo - das liegt etwa bei 30 km/h -, ob signalisiert oder nicht, fahre. Ich habe kein Problem damit, wenn es signalisiert ist, um Missbräuchen vorzubeugen und nötigenfalls auch zu ahnden.

Ich habe aber Mühe, wenn wir vor 5 Jahren dieses Thema hier im Rat grundsätzlich und auch ideologisch ausgiebig behandelt haben und in einer Fleissarbeit der damaligen Kommission - ich war auch Mitglied und A. Zollinger war Präsident, der sich gerade in unserem Lager für Tempo 30 sehr stark gemacht hat - einen Kompromiss gefunden haben, wenn jetzt versucht wird, dies wieder fundamental anzugehen. Damit wird ein guter Kompromiss und eine gute Umsetzungsmethode in Frage gestellt. Ihr - ich sage das einmal pauschal - strebt ja flächendeckende Tempo-30-Zonen an, was eindeutig gegen den Willen der StimmbürgerInnen und der Bevölkerung ist. Ausgesprochen oder nicht ausgesprochen ist das Euer Uranliegen. Hier haben wir doch das Problem, das dann genau wieder die grundsätzlichen Debatten losgeschlagen werden und allfällige Kompromisse gefährdet sind. Denn wir haben die Schnittstellen zwischen reinen Wohnstrassen, verkehrsberuhigten Strassen und Strassen, in denen sich der Verkehr sammeln oder abspielen muss, damit er funktioniert. Der Verkehr hat in unserer Gesellschaft eine Funktion. Ich möchte beliebt machen, dass in dieser Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte so weiter gearbeitet wird, wie bis jetzt mit Erfolg gearbeitet wurde. Ich bin überzeugt, dass den echten Anliegen in den Quartieren so auch Rechnung getragen werden kann. Peter Möller, in dieser Sache ist es gefährlich, den Leu zu wecken."

Peter Möller (GB) Interpellant

"Ich betätige mich eigentlich gerne als Löwenbändiger, wenn es sein muss. Der damalige Beschluss und Kompromiss, der in wirklich harter Arbeit unter tatkräftiger Mithilfe von Alfred Zollinger erzielt werden konnte, basierte auf den damaligen Vorgaben der Bundesgesetzgebung. Nun haben sich diese Vorgaben geändert. Ich könnte mich jetzt zurücklehnen und sagen, Bundesrecht bricht städtisches Recht. Aber hier ist es eben so, dass die Kompetenz, ob und unter welchen Bedingungen Tempo-30-Zonen eingeführt werden, bei der Kommune liegt - solange die Rahmenbedingungen des Bundes eingehalten sind. Das heisst, wenn der Bund seine Anforderungen reduziert, die Kommune aber die restriktiven beibehält, so widerspricht sie Bundesrecht natürlich nicht.

Aber es wäre nur vernünftig - das wurde jetzt schon einige Male gesagt -, wenn auch auf Ebene der Stadt Schaffhausen dem Versprechen, das der Bundesrat im Vorfeld zum landesweiten Abstimmung über die Volksinitiative "Strassen für Alle" gab, nämlich dass das Verfahren vereinfacht wird, Rechnung getragen würde.

Es heisst nicht, wenn wir in Diskussion gehen, dass wir alles von den seinerzeitigen Beschlüssen in Frage stellen wollen. Der Auslöser, dass ein wirklich nachdrücklicher Wunsch aus einem Quartier zur Errichtung einer Tempo-30-Zonen vorhanden sein muss, ist sinnvoll. Dieser muss auch bei einer allfälligen Änderung so bleiben. Einfach einem Quartier eine Tempo-30-Zone aufzupropfen, macht keinen Sinn. In diesem Sinn muss ich den Vorwurf, dass wir versuchen, flächendeckend über die ganze Stadt Schaffhausen Tempo 30 einzuführen, zurückweisen. Das stimmt nicht."

Alfred Zollinger (SVP) Votum

"Wenn Peter Möller sagt, das Bundesrecht habe geändert, so stimmt dies, vor allem auf der baulichen Seite, wo man nicht mehr gezwungen ist, grosse Investitionen zu machen. Aber es gibt nach wie vor den Artikel 108 des Strassenverkehrsgesetzes, der die Randbedingungen legt. Wenn Sie diesen Artikel verletzen, Peter Möller, und jemand Einsprache macht, dann haben Sie nichts. Dank der Tatsache, dass wir in SH die Randbedingungen beachtet haben, dank dem, dass wir die Abstimmungen durchgeführt haben, sind wir nicht in der Situation wie die Stadt Zürich, welche vorhin von Kurt Zubler so hochgejubelt wurde. Erkundigen Sie sich einmal in Zürich, wieviel jetzt zurück oder umgebaut werden muss. Zuerst wurden Millionen investiert und nun muss nochmals Geld investiert werden. In Winterthur genau gleich. Diese wurde als Vorzeigestadt herum geboten. Erkundigen Sie sich einmal!"

Marcel Wenger, Stadtpräsident

"Ich habe das Wort Polizeireferent gehört. Das ist wie das Bellen der Pawlowschen Hunde. Der ruhende Verkehr wird von der Verwaltungspolizei beaufsichtigt und kontrolliert. Der fliessende Verkehr ist Sache der Schaffhauser Polizei, damit auch der Langsamverkehr. Das Anliegen, das Peter Möller mir mitgegeben hat, werde ich in die Polizeikommission mitnehmen. Ich werde sicher auch Unterstützung haben von Mariann Keller, welche neu der Kommission angehört. Ich nehme an, dass dies der zweite Vertreter in der Polizeikommission auch tun wird. Wir könnten durchaus etwas mehr Kontrolle vertragen. Es ist aber auch eine Frage des einzusetzenden Gerätes. Ich werde die gute Anregung von Alfred Zollinger mitnehmen. Wir sollten vermehrt auch "à titre d'information" Kontrollen machen, die nicht gerade zur Busse führen. Da sind wir auf die Mitarbeit der Verbände angewiesen. Ich nehme das sehr gerne mit für die Verwaltungspolizei, die sich im übrigen sehr gut ergänzt mit den Tempo 30 Bemühungen des Baureferates, denn bei der Planung von Tempo-30-Zonen, bei der Planung von Parkfeldern, die versetzt werden müssen, wird Hand in Hand gearbeitet. Damit es ein Langsamverkehr-Szenario gibt, tut die Verwaltungspolizei, was sie kann, um ihre Pflicht zu erfüllen."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Im Grund genommen geht es bei der Diskussion über den Langsamverkehr und Tempo-30-Zonen um die Kinder. Wenn es um die Kinder geht, müssen wir das Tempo beschränken. Ich gebe Dir, Marcel Wenger als Polizeireferent auch noch einen guten Tipp. In vielen deutschen Städten werden Kinder auch für die Erziehung Erwachsener eingesetzt, indem Kinder zusammen mit der Polizei Tempo 30 Kontrollen durchführen.

Die Kinder sprechen mit den AutofahrerInnen und verteilen je nach dem kleine Präsente als Belohnung oder Strafe. Das wirkt stärker als ein Strafzettel. In diesem Sinne bitte ich Sie, vor allem an die Kinder zu denken, welche heute im Freien räumlich sehr eingeschränkt sind. Das ist schlecht."

SR Kurt Schönberger

"Ich habe mir drei Stichworte aufgeschrieben: Ausgewogenheit der Arbeitsgruppe, die heutige Praxis bei der Einführung der Tempo-30-Zonen und die Änderung des heutigen Regimes.

Ich habe Ihnen in Aussicht gestellt, dass wir diese Wünsche aufnehmen und eine ausgewogene Arbeitsgruppe zusammenstellen.

Zur heutigen Praxis: Ich hatte kürzlich eine Besprechung mit dieser Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte aufgrund von Reklamationen aus der Einwohnerschaft, es ginge zu lange und man würde bremsen. Wir haben uns darüber unterhalten, wie man das beschleunigen könnte. Wir haben das bereits eingeleitet.

Zum dritten Punkt - der Änderung des heutigen Regimes - habe ich Ihnen gesagt, dass es darum geht, die bestehenden Beschlüsse des GrSR, die Gesetzgebung des Bundes und vor allem auch den Entscheid der eidg. Volksabstimmung zu respektieren. Den Sonderfall Schaffhausen - von dem Peter Möller gesprochen hat - hat nicht der SR, sondern dieser Rat geschaffen."

Der Baureferent weist weiter darauf hin, dass wenn in allen Quartieren, wo die Tempo-30-Zone bereits eingeführt ist bzw. wo entsprechende Begehren vorliegen, diese auch realisiert werden, die ganze Stadt praktisch flächendeckend mit Tempo-30-Zonen versehen ist.

"Im Quartier Winkelriedstrasse steht die Abstimmung in den nächsten Wochen bevor. Weiter haben wir Anliegen (Petitionen) aus den Quartieren Niklausen, äussere Hochstrasse/Spiegelgut und Breite/Stokarberg. Es ist der Auftrag erteilt worden, dass die Petitionen zügig behandelt werden. Die Arbeitsgruppe wird sich in neuer Zusammensetzung darüber unterhalten. Schliesslich liegt noch ein Anliegen von Herblingen vor. Ich hatte gestern Gelegenheit, im Kantonsrat etwas dazu zu sagen. Es geht in Herblingen nicht nur darum, eine Umfahrung zu realisieren, sondern dass man dort sichere Verhältnisse für alle VerkehrsteilnehmerInnen schafft. Dazu gehört auch die Respektierung des Wunsches der Dorfbevölkerung aus Herblingen, dort eine Tempo-30-Zone zu realisieren.

Ich glaube, dass wir am heutigen Regime nichts ändern müssen. Es ist wichtig, dass wir auch jene Leute ernst nehmen, welche eine Tempo-30-Zone nicht wollen."

Peter Möller (GB) Schlusswort des Interpellanten

"SR Schönberger hat ausgeführt, dass der Sonderfall Schaffhausen vom GrSR und nicht vom SR geschaffen worden. Das ist oberflächlich betrachtet richtig, aber im Grunde nicht. Der GrSR war gezwungen, ein eigenes Regime zur Einführung von Tempo-30-Zonen aufzustellen, weil der Stadtrat gar keine wollte. Wenn wir uns an den Stadtrat gehalten hätten, hätten wir jetzt die Diskussion nicht, weil der SR gesagt hat, es gibt keine. Dann hätten wir aber eine relativ grosse Unruhe in der Bevölkerung.

Ich bin erfreut, vom Baureferenten zu hören, dass er sich so an die Bundesgesetzgebung wie auch an die Beschlüsse des Grossen Stadtrates hält. Das erwarte ich grundsätzlich auch. Ich habe mit keinem Wort erwähnt, man soll diese Beschlüsse des GrSR nicht mehr beachten, sondern meine Anfrage geht in folgende Richtung.

Anstatt dass wir jetzt wieder eine 13er SPK aus diesem Rat bestellen und darüber befinden, was daran zu ändern oder anzupassen wäre, erschiene es mir sinnvoller, dass die Fachleute der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte unsere Beschlüsse einmal genau anschauen und schauen, wo eine Anpassung an die Bundesvorschriften sinnvoll und möglich wäre, und wo es zweckmässig und richtig wäre, das heutige Prozedere unverändert beizubehalten, und dem GrSR hierzu einen Antrag zu unterbreiten. Hier im Rat können wir dies nicht so besprechen und zu Fünfzig eine Beschlusses-Sitzung machen."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 MOTION Roland Schöttle (FDP) - Neunützung der Militärunterkunft Breite

Roland Schöttle (FDP) Begründung *

"Vor 4^{1/2} Stunden hat Ratskollege Bernhard Egli eine Rüge angebracht, weil ich dieses Thema in meiner Motion aufgegriffen habe. Ich sehe mich davon in keiner Art und Weise korrekt betroffen. Ich nehme in meiner Motion in Zeile 1 und 2 Bezug auf die Interpellation von Alfons Cadario und ich meine, dass diese Interpellation damals abgehandelt und dem Interpellanten zur Zufriedenheit beantwortet worden ist." (*Zwischenruf von Alfons Cadario: 'Ich habe damals deutlich gesagt, ich komme später noch einmal.'*)

"Das ist mir so nicht gegenwärtig. Ich gehe davon aus, dass die Interpellation abgehandelt worden ist. Item. Dazwischen sind drei Monate vergangen, und es sind an mich neue Informationen herangetragen worden, nicht zuletzt genährt auch durch die Information bei der Interpellationsbehandlung, die Christian Meister geliefert hat zu den Problemen der Spielvereinigung. Ich habe mich dann ein wenig um die Sache gekümmert und sie motionswürdig befunden. Ich habe keine Regel verletzt und sehe keinen Grund, mich da ins schräge Licht zu setzen. Erlauben Sie mir, dass ich zu meiner Motion Stellung nehme.

Im Verlauf der letzten Jahre sind im Zusammenhang mit den starken Veränderungen der militärischen Organisation in der schweizerischen Eidgenossenschaft, die entsprechenden Truppen-Einquartierungen in der Militärunterkunft Breite zurück gegangen. Auch die in Ausführung begriffenen weiteren Armee-Reorganisationen lassen erkennen, dass diese bisherige Truppenunterkunft in ihrem ursprünglichen Sinn mit grosser Wahrscheinlichkeit in Zukunft noch weniger genutzt werden wird.

Der Stadtpräsident hat an der Ratssitzung vom 7. Mai 2002 zum Ausdruck gebracht, dass er gerne den Abschluss der Planung Armee XXI abwarten möchte, um eine Neuverwendung der Liegenschaft durch die Stadt ihrerseits zu planen und in Vorschlag zu bringen. Allerdings hat er damals auch erklärt, dass vor 2004 dafür von der Armeeleitung keine Entscheidungsgrundlage zu erwarten sei. Nachdem aber seitens der Armeeleitung nachvollziehbare Vorentscheide und Beschlüsse, z.B. Zeughausorganisationen und Truppenorganisationen gefallen und vollzogen sind und werden, ist anzunehmen, dass die Militärunterkunft Breite für kommende WK-Truppen-Belegungen aus unterschiedlichen Gründen eher unattraktiv sein wird.

Deshalb bin ich der Meinung, dass der Stadtrat eine kommende Neunutzung dieses Gebäudes schnell und ohne Abwarten auf die sicheren Auswirkungen der Armeereform bis in jede Gemeinde, ernsthaft und schnell prüfen und an die Hand nehmen soll.

Hauptsächlich veranlasst zu meinem Vorstoss bin ich allerdings durch die Situation um den Fussballplatz Bühl, der für die Spielvereinigung Schaffhausen sowohl Trainings- als auch Meisterschafts-Spielplatz ist. Wir dürfen uns daran erinnern, dass an der Ratssitzung vom 7. Mai 2002, anlässlich der Behandlung der Interpellation unseres Kollegen Alfons Cadario mit Deutlichkeit darauf hingewiesen worden ist, in welcher prekärer Situation sich der Fussballclub Spielvereinigung Schaffhausen bzgl. seiner infrastrukturellen Einrichtungen befindet. Die unzulänglichen und auf die Dauer vom Schweizerischen Fussballverband nicht mehr akzeptierten Verhältnisse im Bereich der Garderoben und der Sanitäranlagen, sowie die für einen konformen Meisterschafts-Spielbetrieb nicht vorhandenen Pausen-Aufenthaltsräume für Schiedsrichter, Spieler und Trainer sind als Missstände aufgezeigt worden, die dringend einer möglichst schnellen Lösung bedürfen. Auch die grosse Zahl von Jugendlichen auf den Haupt- und Nebenanlagen des Bühlplatzes, die unter der Leitung des Vereins regelmässig Fussballtrainings und damit eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung betreiben, haben dies heute unter sehr schlechten, auf die Dauer nicht akzeptablen infrastrukturellen Bedingungen zu tun.

Meine Erkundigungen haben ergeben, dass die Spielvereinigung Schaffhausen nun schon seit mehr als zwei Jahren mit dem Sportreferenten in resultatlosen Verhandlungen steht, in welcher Art gemeinsam zwischen der Stadt als Sportplatzbesitzerin und der Spielvereinigung Lösungen zu den vom Schweizerischen Fussballverband gemachten Auflagen bzgl. der infrastrukturellen Mängel des Sportplatzes zu erarbeiten sind. Dabei steht wie ein Damoklesschwert über dem Fussballclub der drohende Entzug der Bewilligung für die Durchführung von Meisterschaftsspielen der 1. Liga. Konkret gilt es die Auflagen des Schweizerischen Fussballverbandes bezüglich der Schaffung von reglements-konformen Garderoben in unmittelbarer Nähe des Spielfeldes für die Vereinsmannschaft, für die Gastmannschaften und für das Schiedsrichtertrio zu schaffen, was nebst den Komfortansprüchen wie Nähe und Grösse, speziell in den Anforderungen an die Sicherheit der betroffenen Benutzer begründet ist.

Die aktuelle Situation bei der Spielvereinigung ist so, dass heute die zur Verfügung stehenden 6 Garderobräume im Altersheim Wiesli über ein Meisterschafts-Wochenende für 14 Mannschaften dienen müssen, finden doch an einem solchen im Durchschnitt 7 Heimspiele unterschiedlicher Mannschaften statt. Wenn dann auch die 1. Mannschaft ein Heimspiel zu bestreiten hat, werden die Schwierigkeiten beinahe unlösbar, denn dies bedeutet, dass 2 von den 6 Garderoben für die Gastmannschaft zur Verfügung gestellt werden müssen, 1 Garderobe für das Schiedsrichtertrio und eine vierte Garderobe noch für die eigene Mannschaft da sein muss. Für die verbleibenden Teams, teilweise 4 Mannschaften gleichzeitig, bleiben dann noch die restlichen 2 Garderoben zur Verfügung, was beinahe unlösbare Probleme bzgl. Hygiene, bzgl. Platz für die Kleider und Ausrüstungen, speziell aber für die wichtigen Aufgaben der Betreuer und Trainer mit sich bringt. Die Situation führt leider sehr oft zu berechtigten Reklamationen von Gastmannschaften, was sowohl für die Spielvereinigung sehr unangenehm ist, wie es auch dem Image der Stadt Schaffhausen abträglich ist.

Für das Image unserer Stadt übrigens, die seit einigen Jahren durch die Verkündung des Sportreferenten versucht, sich den Ruf einer 'Sportstadt' zu erarbeiten.

Die heute wenig genutzte Militärunterkunft mit ihren schon bisherigen Einrichtungen und entsprechend notwendigen baulichen Ergänzungen bietet sich geradezu an, diese geschilderten Probleme nun wirklich zum Nutzen der bedürftigen Sportler anzugehen, indem dafür eine entsprechende Neunutzung vorgesehen wird, die möglichst schnell und dem Verein nützlich, geplant wird. Dazu möchte ich den Stadtrat mit meiner Motion verpflichten. Ich bin auch überzeugt, dass sowohl die Spielvereinigung seitens der Spieler und der Organe, wie auch der Schweizerische Fussballverband mit seiner in Aussicht stehenden Nichtmehrverlängerung der Spielbewilligung nach dem 15.7.2003 Verständnis bzw. Nachsicht aufbringen werden, wenn der Stadtrat durch den Grossen Stadtrat mit einem Auftrag aus der Motion für das Angehen der Umnutzungsplanung beauftragt wird.

Die Stadt Schaffhausen muss mit einem konkreten und schnellen Anpacken der Planung einer Umnutzung dieses Gebäudes zur Lösung der akuten Probleme beim Fussballclub Spielvereinigung Schaffhausen beitragen. Sie hilft damit speziell den Vereinsbetreibern, die unter Verwendung von viel Freizeit und durch persönlichen Einsatz im Zusammenhang mit aktiver Jugendarbeit einen grossen Nutzen zur Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen. Es gilt den Breitensport, wie ihn die Spielvereinigung im Milizsystem erbringt, durch die Öffentlichkeit ebenso zu unterstützen, wie wir es seit langem und auch heute wieder, in grossem Mass im Bereich der Kultur tun. Es bleibt im vorliegenden Fall keine Zeit mehr, um mit irgendwelchen Grundsatzdiskussionen oder Projektstudien Ideen und Akten herum zu beigen, sondern es muss jetzt gehandelt werden. Ich bin übrigens davon überzeugt, dass eine schnelle Umnutzung des Gebäudes technisch machbar ist, und mit relativ einfachen Mitteln und verantwortlichem Kostenaufwand eine Verbesserung für die Spielvereinigung Schaffhausen zu erreichen ist. Ich bin ebenso davon überzeugt, dass die Spielvereinigung Schaffhausen auch eigene Manpower und, wenn auch beschränkte, finanzielle Mittel einsetzen will und wird, wenn ihr endlich die Möglichkeit einer Verbesserung ihrer Situation angeboten werden kann.

Ich bitte Sie deshalb meiner Motion zuzustimmen und diese an den Stadtrat zu überweisen. Ich bin nun gespannt auf dessen Stellungnahme zu meinem Begehren."

Stadtrat Kurt Schönberger

Antwort des Stadtrates *

"Es ist ja verdankenswert und fast rührend, wie viele Personen sich jetzt für die Verbesserung der Infrastruktur der Spielvereinigung Schaffhausen einsetzen. Auch ich tue das seit langem, Roland Schöttle. Aber es hatte einen bestimmten Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie. Ich hätte Ihre Reaktion sehen wollen, wenn ich in der jetzigen Phase, wo Sie auf die von diesem Parlament verlangte Machbarkeitsstudie warten, in der Zwischenzeit da oben etwas gemacht hätte. Dann wären Sie gekommen und hätten gesagt: "Geht es dem noch? Jetzt warten wir, wir wollen zuerst wissen, wie es auf der Breite weitergeht." Hätten Sie damals dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, das Stadion Breite im Baurecht abzugeben, dann hätten wir auch für die Spielvereinigung Schaffhausen heute bereits eine Lösung! Aber jetzt komme ich zurück zu dem, was ich hier aufgeschrieben habe.

Mit seinem Vorstoss thematisiert Grossstadtrat Roland Schöttle ein Objekt, welches schon Gegenstand einer Interpellation von Grossstadtrat Alfons Cadario vom 6. November 2001 war.

Zur Vorgeschichte soll deshalb nur nochmals kurz in Erinnerung gerufen werden, dass für das "Mehrzweckgebäude" auf der Breite zwischen der Einwohnergemeinde Schaffhausen als Gebäudeeigentümerin, und dem Bund, vertreten durch das Oberkriegskommissariat (OKK), ein Vertragsverhältnis für militärische Einquartierungen existiert.

Die Anlage wird jedoch nicht nur vom Militär genutzt, sondern auch von Vereinen und Schulen. Pro Jahr können durchschnittlich rund 1'300 Übernachtungen registriert werden, wovon 2/3 militärischer und 1/3 privater Natur sind. Die Mietzinse aus diesen Belegungen betragen durchschnittlich ca. Fr. 17'000.-- pro Jahr.

Der Motionär fordert in einem ersten Punkt, dass die Stadt die vertraglichen Voraussetzungen mit dem bisherigen Vertragspartner regulieren, will wohl heissen aufkündigen soll, und zweitens eine mögliche Nutzung durch die Spielvereinigung anzustreben sei.

Der Stadtrat hat im vorliegenden Fall abzuwägen zwischen einer Vertragserfüllung, welche auf einer Verpflichtung beruht, und einem wohl begründeten Vereinsanliegen.

Unter Hinweis auf die dem Grossen Stadtrat inzwischen zugeleitete "Machbarkeitsstudie Neues Fussballstadion" hält der Stadtrat fest, dass im Bereich der Infrastruktur der "Bühl-Sportplätze" in nächster Zukunft eine Verbesserung stattfinden muss. Abhängig sind die einzuleitenden Massnahmen vom Entscheid des Grossen Stadtrates zur vorgelegten Machbarkeitsstudie. Je nach Variantenwahl sind unterschiedliche Lösungen vorstellbar bzw. zu treffen.

Grundsätzlich ist der Stadtrat bereit, die Motion "Neunützung der Militärunterkunft Breite" unter folgenden Prämissen entgegen zu nehmen:

- Falls die Variantenwahl gemäss "Machbarkeitsstudie Neues Fussballstadion" den Neubau eines Sportstadions vorsieht, verbleibt die zukünftige Nutzung des Mehrzweckgebäudes Breite im heutigen Umfang bestehen,
- Falls die Variantenwahl einen Ausbau der Sportanlagen auf der Breite/Bühl vorsieht, soll eine Doppelnutzung Militär/Sportlergarderobe berücksichtigt werden,
- Die "sportliche" Nutzung ist dabei beschränkt auf die Garderobennutzung für die auf den "Bühl-Sportplätzen" aufspielenden 1. Liga Fussballmannschaften - es wird also kein Restaurant- oder Festhüttenbetrieb geduldet.
- Die Realisierung soll, falls erforderlich, über das Budget sichergestellt werden.

Mit diesem Vorgehen ist der Stadtrat überzeugt, beiden berechtigten Anliegen Rechnung zu tragen.

In diesem Sinne kann die Motion erheblich erklärt und zusammen mit der Beratung der Machbarkeitsstudie Neues Fussballstadion bzw. den daraus resultierenden Beschlüssen des Grossen Stadtrates und Aufträgen an den Stadtrat erledigt werden."

Esther Bänziger (SP) Fraktionserklärung

"Erstens haben wir auch gefunden, Alfons Cadario hat interpelliert, das war eigentlich genügend. Zweitens haben wir an unserer Fraktionssitzung vor einer Woche gesagt, dass wir diese Vorlage des SR "Machbarkeitsstudie Neues Fussballstadion", welche dem Rat heute ausgehändigt wurde, abwarten müssen. Ich persönlich habe sehr grosse Affinitäten zur Spielvereinigung, weil ich Zweit- und Drittklässler in der Schule habe und die Spielvi immer im Juni dieses berühmte SchülerInnen-Turnier veranstaltet. Das ist fast die wichtigste Veranstaltung für die Kinder. Wir teilen die Einschätzung von Stadtrat Schönberger, dass wir die Erfüllung des Anliegens dieser Motion nicht lösgelöst von der Machbarkeitsstudie in Angriff nehmen können.

Die SP Fraktion schlägt Ihnen vor, Punkt 2 der Motion zu streichen, dann können wir der Überweisung dieser Motion zustimmen."

Alfons Cadario (EVP) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB

"Ich möchte doch daran erinnern, dass ich bei der Behandlung meiner Interpellation darauf hingewiesen habe, dass ich von deren Beantwortung nicht ganz befriedigt war. Ich habe deponiert, dass ich abwarten möchte, bis die Armee XXI bessere Konturen hat, und dann nochmals kommen werde. So steht es auch im Protokoll.

Ich hatte das letzte Gespräch mit den Planern der Armee XXI am 20. Dez. 2002. Es konnte mir noch nicht gesagt werden, welche Truppen wohin gehen. Dies hängt davon ab, wieviel Berufsmilitär und wieviel Zeitmilitär wir haben werden. Vermutlich werden aber die WK-Truppen auch künftig ausserhalb der Kasernen ausgebildet."

Der Votant möchte jedenfalls unbedingt vermeiden, dass die Truppen in unterirdischen Unterkünften einquartiert werden, was man auch den Asylsuchenden nicht zumutet. Er kann sich mit der Motion befreunden, sofern eine Doppelnutzung Militär/Sportlergarderobe möglich ist. Das habe er in seiner Interpellation schon so zum Ausdruck gebracht. Er räumt ein, dass die Zustände für die Spielvereinigung untragbar sind. "Bis das Konzept Neues Fussballstadion umgesetzt werden kann, verstreicht so viel Zeit, dass die Spielvi die Spiellizenz verlieren könnte. Das darf auch nicht zugelassen werden.

Ich bitte Sie daher, dass man den Punkt 2 der Motion so ändert, dass eine Doppelnutzung Militär/Sportlergarderobe möglich ist."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU

"So schnell geht die Spiellizenz sicher nicht verloren. Wir kennen das Prozedere vom FC Schaffhausen. Da wurde klar die Auflage gemacht, dass etwas passieren muss. Es wird auch etwas passieren. Aus diesem Grund wird die SVP/EDU Fraktion mehrheitlich diese Motion überweisen - verbunden mit der Auflage - dass sie zusammen mit der heute erhaltenen "Machbarkeitsstudie Neues Fussballstadion" bearbeitet wird. Dann kann man dem Fussballverband sagen, dass man an einer Lösung arbeitet. Es darf nicht sein, dass man hier einen separaten Zug fährt."

Peter Möller (GB) Votum

"Es ist ausgewiesen, dass die Spielvereinigung genau das Gleiche verdient wie der FCS. Sie leistet auch viel, besonders in der Jugendarbeit. Das ist unbestritten. Aber wenn wir die Motion in ihrem jetzigen Wortlaut überweisen, schaffen wir mit Ziffer 2 ein Präjudiz im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie und dem, was wir dort zu

beschlossen haben. Ich wäre deshalb sehr froh, wenn man Ziffer 2 streichen könnte, weil die Diskussion darüber, wo die Garderoben für die Spielvi sein müssen, dann stattfindet, wenn wir die Machbarkeitsstudie besprechen. Unter der Prämisse, dass Ziffer 2 gestrichen wird, könnte ich der Motion zustimmen."

Herbert Distel (CVP) Votum

"Ich mag mich erinnern, dass Roland Schöttle schon einmal eine Motion "Sportstadion Breite" eingereicht hat. Wir haben damals darüber diskutiert, aber keinen Überweisungsentscheid gefällt, sondern diesen aufgeschoben, weil eine SPK in dieser Sache bereits an der Arbeit war."

Der Votant regt an, diese Motion quasi zu sistieren, bis die heute einzusetzende 13er SPK "Machbarkeitsstudie Neues Fussballstadion" ihre Anträge in den Rat bringt.

Roland Schöttle (FDP) Schlusswort des Motionärs

"Ich danke für die Diskussion und das Erkennen meines eigentlichen Anliegens meiner Motion, nämlich eine Verbesserung der Situation um den Fussballclub Spielvi hinzubringen. Bezüglich des Weges dazu bin ich selbstverständlich zu Kompromissen und zu Änderungen auch meiner Motion bereit. Ich möchte möglichst schnell das Ziel erreichen. Ich bin mir bewusst, dass diese Vorlage des SR, die wir heute erhalten haben und von deren Inhalt und Richtung ich nichts gewusst habe, eine Bedeutung hat. Ich habe bereits in meiner Motionsbegründung angetönt, dass ich davon überzeugt bin, dass sowohl die Spielvereinigung wie der Fussballverband im Sinne des Votums von Alfred Zollinger dies als positives Zeichen aufnehmen werden, und damit der Spielvereinigung eine Erleichterung in den Verhandlungen mit dem Verband geschaffen wird. Das ist auch im Sinne meiner Motion. Wo ich noch Schwierigkeiten sehe, ist die kurzfristige Lösung der akuten Garderobenprobleme. Das ist an und für sich ein Problem, das man nicht einfach wegschieben kann bis zur Behandlung der Studie bzw. bis zur Umsetzung der daraus resultierenden Beschlüsse. Ich möchte den SR gerne ermuntern, diesbezüglich mit Spielvi eine Übergangslösung zu diskutieren, dass man die jetzigen Strukturen in diesem Mehrzweckgebäude bei Nichtbenützung durch das Militär etwas modifizieren und damit dem Problem etwas die Spitze brechen kann.

Im Sinne meiner Motionsbegründung, meinen Forderungen und der gefallen Voten, wo die Anliegen der Spielvi klar zum Ausdruck kommen, bin ich bereit, Ziffer 2 dieser Motion zu streichen."

SR Kurt Schönberger

"Wenn der Motionär bereit ist, Ziffer 2 zu streichen, dann empfehle ich ihm, auch Ziffer 3 zu streichen. Wir haben drei Jahre Zeit, um eine Motion zu erledigen, einen Bericht und Antrag zu bringen. Ich spreche nicht dafür, diese drei Jahre auszunützen, aber es geht nicht an, in einer Motion eine zeitliche Befristung anzugeben.

Jetzt noch etwas Anderes. Ich habe das Wort Übergangslösung gehört. Ich möchte Sie davor warnen. Da kommt mir der Container des FCS in den Sinn. Da haben wir 470'000 Franken ausgegeben - ich wage es hier zu sagen, in den Sand gesetzt, die wir eigentlich hätten sparen können, wenn damals dem Antrag des SR, das Stadion im Baurecht abzugeben, zugestimmt worden wäre. Ich bin mit Ernst Ciceri in ständigem Kontakt und Herr Fischer weiss eigentlich genau, welchen Weg wir in dieser Sache einschlagen wollen."

Roland Schöttle (FDP) Motionär

"Die Übergangslösung sehe ich ganz klar nicht im Aufstellen von Containern. Ich sehe die Lösung darin, dass die bestehenden Duschanlagen, Sanitäranlagen und Räumlichkeiten im Mehrzweckgebäude bei Nichtgebrauch durch das Militär auf eine unbürokratische Art der Spielvi für Meisterschaftsspiele zur Verfügung gestellt werden sollten. Damit wäre auch das Sicherheitsproblem gelöst, welches eine zunehmende Bedeutung hat, dass die Schiedsrichter und die Mannschaften vom Spielfeld auf möglichst kurzem Weg und abgesichert zu den Garderobenräumen kommen sollen."

Die Ziffer 3 ist für den Motionär nicht sakrosankt, doch scheint ihm die Begründung für eine Streichung nicht stichhaltig, da die Dringlichkeit der Lösung des Problems unbestritten ist.

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Der Baureferent hat jetzt zweimal gesagt, der GrSR hätte die Baurechtsvorlage - Abgabe des Fussballstadions Breite - nicht unterstützt. Der Grosse Stadtrat hätte damals das Baurecht schon unterstützt, wenn man gewusst hätte, mit wem dieser Baurechtsvertrag abgeschlossen wird. Das war der Grund für die Ablehnung. Sonst hätten wir vielleicht ein zweites Bowlingbahn-Syndrom gehabt in diesem Rat."

Bernhard Egli (OeBS) Votum

Der Votant dankt dem Motionär für seine Bereitschaft, Ziffer 2 seiner Motion zu streichen. Er ermuntert ihn jedoch, Ziffer 3 nicht zu streichen. "Es macht jetzt wirklich Sinn, dass man das Problem zügig angeht. Man kann dies der SPK mit auf den Weg geben, Übergangslösungen mit der Vorlage im Hintergrund zu diskutieren. Das entspräche dem Leitbild der Stadt Schaffhausen, speditiv und bürgernah zu reagieren. Ich denke, wir können dieser Motion zustimmen, ohne Ziffer 2 aber mit Ziffer 3."

Roland Schöttle (FDP) Motionär

"Ich danke Bernhard Egli für den kollegialen Ratschlag. Ich schliesse mich seiner Meinung an."

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat **überweist die Motion mit 40 : 0 Stimmen mit folgendem, geänderten Wortlaut:**

"Der Stadtrat wird beauftragt:

1. eine Neunutzung des bisherigen Gebäudes "Militärunterkunft Breite" beim Schützenhaus neu zu überprüfen und eine solche anzustreben. Er soll dafür die vertraglichen Voraussetzungen mit dem bisherigen Vertragspartner regulieren.
2. dem Grossen Stadtrat in möglichst kurzer Zeit darüber Bericht und Antrag abzugeben.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 5 **MOTION Dr. Gertrud Walch (SVP) - Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung**

Gertrud Walch (SVP) Begründung *

"Diese Motion habe ich im Herbst des vergangenen Jahres eingereicht, weil die Stadt Schaffhausen die Vorschriften der Bundesgesetzgebung beim Ruhegehalt noch nicht erfüllt. Der Kanton hat sein Dekret bereits im Herbst 1998 den eidgenössischen Vorschriften angepasst. Es besteht bei der Stadt also diesbezüglich Handlungsbedarf. Das heisst, die Unterzeichneten und ich möchten, dass die Ruhegehaltsverordnung der Stadt den Bundesvorschriften entspricht. Bei der Finanzierung bietet sich die kantonale Regelung an. Die Bundesvorschriften ändern, da die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung um zwei Jahre gestiegen ist. Soweit ist es leicht verständlich.

Jetzt zu den Details:

Jeder Stadtrat, jede Stadträtin zahlt ein Eintrittsgeld und jährliche Beiträge, die Stadt als Arbeitgeberin zahlt das 1 $\frac{1}{2}$ -fache dazu.

Bei den Bisherigen gilt das Eintrittsgeld als erbracht. Für die Bisherigen würden sich die jährlichen Beiträge ändern, welche von der Jahresbesoldung, nicht von der versicherten Besoldung, berechnet werden. Bisher machte dies für

| | |
|---------------------|--------------------------------|
| den Stadtrat | 6 % |
| die Stadt | 9 % |
| zusammen | 15 %. Soviel zur Stadt. |

Nun zum Kanton. Vor 1999 hatte der Kanton die gleichen Prozentsätze wie die Stadt. Der Kantonsrat hatte am 31. August 1998 mit 63 zu 0 Stimmen der Revision zugestimmt. Es war eine Vorlage des Regierungsrates. Seit 1999 beträgt der jährliche Beitrag, der von der versicherten Besoldung aus berechnet wird

| | |
|------------------------------|--------------|
| für den Regierungsrat | 10 % |
| für den Kanton | 15 % |
| zusammen | 25 %. |

Sie sehen daraus also, dass bei einer Anpassung an die kantonale Regelung der jährliche Beitrag des Stadtrates steigen wird, die Beitragszahlung der Arbeitgeberin Stadt steigt aber ebenfalls um das 1 $\frac{1}{2}$ -fache. Es besteht jetzt schon ein Ruhegehaltsfonds. Er ist jetzt aber leer, denn die jährlich einbezahlten Beiträge werden laufend für die heutigen Pensionen Anderer ausgegeben.

Die neue Regelung bewirkt, dass in diesem Fonds etwas für zukünftige Pensionen der jetzigen Stadtexekutive bleibt. Diese Bundesvorschrift ist also eine Massnahme zur Kapitaldeckung. Kapitaldeckung ihrerseits bringt den bisherigen und zukünftigen Stadträten oder Stadträtinnen den Vorteil, dass damit Freizügigkeitsleistungen und die Verwendung der Vorsorgebeiträge zur Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum auch praktisch möglich sind.

Ich bitte Sie deshalb, dieser vorsorglichen Massnahme zuzustimmen und damit die gesetzlichen Bundesvorschriften zu erfüllen."

Stadtpräsident Marcel Wenger Antwort des Stadtrates

"Mit Bezug auf die seit 1. Januar 1999 für den Regierungsrat gültige Regelung über Besoldung, Ferien und berufliche Vorsorge will Grossstadträtin Gertrud Walch den Stadtrat beauftragen, die Ruhegehaltsverordnung des Grossen Stadtrates vom 11. Dezember 1979, teilrevidiert seit 1. Januar 1988, den geltenden eidgenössischen beziehungsweise kantonalen Normen anzupassen.

Zur Vorgeschichte

Als am 11. Dezember 1979 die heute in ihren Grundzügen noch immer in Kraft befindliche Ruhegehaltsverordnung geschaffen wurde, löste sie einen Erlass ab, der am 19. März 1971 vom Grossen Stadtrat beschlossen worden war. In dieser seinerzeitigen Fassung existierten die Ruhegehälter des Stadtrates im Sinne einer nicht auf das Lebensalter bezogenen Rentenleistung, die mindestens 50 % der zuletzt bezogenen Jahresbruttobesoldung umfasste. Damit wollte man die Exekutivmitglieder wirtschaftlich verhältnismässig unabhängig machen und gleichzeitig der Tatsache Rechnung tragen, dass die jahrelange Tätigkeit in einem Exekutivamt die Aussichten auf eine Wiederaufnahme beruflicher Tätigkeiten in der Privatwirtschaft nach aller Erfahrung nicht als besonders aussichtsreich erscheinen liessen. Nachdem seit 1980 mit dem damaligen Stadtrat Reiniger ein verhältnismässig junger Ruhegehaltsempfänger geschaffen worden war (Halbämterinitiative), und die seinerzeit gültige Ruhegehaltsverordnung ihn aufgrund seiner über 12 Jahre dauernden Zugehörigkeit zum Stadtrat zum Empfang einer ungekürzten Rente berechnete, wurde 1979 eine Altersreduktion eingeführt, welche zu Rentenkürzungen bei Ausscheiden vor dem 60. Altersjahr führen sollte. Die im heutigen § 5 Abs. 2 und 3 eingeführten Kürzungen von 3 % pro Amtsjahr unter 12 Jahren und zusätzlich dazu bei freiwilligem Rücktritt von 5 % pro Altersjahr unter 60 sollte in Zukunft für mehr Gerechtigkeit bei der Ausrichtung von Rentenzahlungen an noch im erwerbstätigen Alter stehende Exekutivmitglieder der Stadt sorgen.

Mit dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge wurden bereits im Jahr 1985 gesamtschweizerisch gültige Vorsorgebestimmungen erlassen, welche die Schaffung von Vorsorgemitteln für die Ergänzung der AHV-Leistungen zum Ziel hatten. Der Aufbau von Kapitalfonds, gespiesen durch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge, professionell verwaltet und verzinst gemäss einschlägigen Bundesvorschriften, waren vereinfacht gesagt die Hauptziele der Schaffung dieser 2. Säule der beruflichen Vorsorge.

Hätte die Stadt Schaffhausen bereits 1985 damit begonnen, ihre Exekutivmitglieder nach den gleichen Grundsätzen wie ihre ChefbeamtInnen einer kapitalbildenden Pensionskasse anzuschliessen, müssten wir heute nicht über die Motion Walch diskutieren. Dies war aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Hauptsächlich war das Aufbringen des für die bereits 1985 bestehenden Rentenleistungen für die Alt-Stadträte Reiniger und Zaugg sowie für die Witwen Zeindler und Keller notwendigen Deckungskapitals in einer wirtschaftlich für die Stadt schwierigen Zeit der Grund für die immer wieder aufgeschobene Revision der Ruhegehaltsverordnung und die Anpassung an das Bundesrecht. Mit der Teilrevision vom 1. Januar 1988 wurden wohl die Besoldungen für voll- und halbamtliche Stadträte angepasst, aber die Gelegenheit für die Herstellung der BVG-Kompatibilität war 1987 durch die GPK des Grossen Stadtrates und den Stadtrat wiederum nicht wahrgenommen worden;

dies aus dem selben Grund der fehlenden Kapitaldeckung, die zwingend wegen der Finanzkompetenzen eine Volksabstimmung nötig gemacht hätte, da der Kapitalstock der Arbeitgeberin Stadt wegen der Rentenleistungen um ein Mehrfaches über den Finanzkompetenzen des Grossen Stadtrates zu liegen gekommen wäre.

Mit dem Ausscheiden der Stadtpräsidenten Schwank und später Hess sowie der Stadträte Aellig, Schmid, Amsler und Widmer erreichten die jährlichen Rentenleistungen per 31. Dezember 2002 die Summe von über 630'000 Franken. Dass zur Erarbeitung einer solchen Rentensumme ein Kapital in der Grössenordnung von mittlerweile rund 15 Mio. Franken benötigt würde, macht die Ausgangslage für die Revision der heutigen Ruhegehaltsverordnung nicht einfacher. Nach Reduktion des Verzinsungssatzes für Rentenskapitalien durch den Bundesrat auf 3,25 % wären dazu neu rund 19,5 Mio. Franken nötig. Jedenfalls ist klar, dass der günstigste Zeitpunkt zur Schaffung einer BVG-kompatiblen Ruhegehaltsverordnung bereits in den 80er Jahren definitiv verpasst wurde. Wer den Umgang der Schaffhauser Politik mit ihren Stadträten in der Zeit der Halbämterinitiative noch in Erinnerung hat, kann sich vorstellen, dass die Exekutivmitglieder eine gewisse Hemmung hatten, dem Volk schon damals die Schaffung eines Kapitalfonds für sich selber zu beantragen. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert.

Lösungsansatz

Aus der Sicht des Stadtrates ist die sinnvollste Lösung darin zu suchen, die bisher gültige Ruhegehaltsverordnung für die langjährigen Mitglieder des Stadtrates weiterzuführen, gegebenenfalls unter Anpassung der Prämien analog der heutigen Regelung beim Regierungsrat. Für neu eintretende, evtl. jüngere Exekutivmitglieder ist ein Anschluss an die kantonale Pensionskasse, verbunden mit einer Zusatzversicherung, anzustreben. Die Modalitäten und Kostenfolgen einer solchen Regelung wären verkraftbar und würden nicht unnötig viel Kapital binden.

Ein Vergleich zwischen dem Ruhegehaltsfonds des Regierungsrates und der stadträtlichen Regelung zeigt, dass die Anhebung der Prämien von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer rund 10 % höheren Leistung an den Fonds führen würde. Bezogen auf das Jahr 2003 würde dies eine Steigerung der Beiträge um Fr. 75'573.50 bedeuten. Im Gegensatz zu den Regierungsräten bezahlen die Stadträte heute 6 % der Jahresbesoldung, während die Regierungsräte 10 % der versicherten Besoldung einzulegen haben. Allerdings liefert der Kanton rund 1/3 mehr, nämlich 15 % als Arbeitgeberbeitrag, während die Stadt lediglich 9 % beiträgt. Bei der Diskussion über die Höhen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberprämien ist zu berücksichtigen, dass der Kanton mit seiner heutigen Regelung ein Kapitaldeckungssystem bedienen kann, während die Stadt für die Ruhegehälter der Stadträte über keinerlei rückgestelltes Kapital verfügt.

Trotz fehlender Kapitaldeckung verlangt die Stadt aber ein Eintrittsgeld, welches im Gegensatz zum Kanton nicht versicherungsmathematisch berechnet ist, sondern fix je 4 % der Jahresbesoldung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber für jedes ganze Altersjahr über 30 umfasst. Im Gegensatz zum Kanton muss bei der Stadt das gesamte Eintrittsgeld erbracht werden. Beim Kanton werden die Leistungen bei nicht vollständig geleistetem Eintrittsgeld versicherungsmathematisch gekürzt. Ein Wechsel zum kantonalen System für Neueintretende oder nicht langjährige im Amt befindliche Mitglieder des Stadtrates könnte sinnvollerweise dazu führen, dass die versicherungsmathematische Ermittlung der Rentenanwartschaft die Führung

individueller Konten ermöglicht, und somit auch Entschädigungen z.B. aus VR-Mandaten nicht generell dem gesamten Fonds, sondern den einzelnen Konten gutgeschrieben werden könnten.

Unterschiede existieren heute auch bei der versicherten Besoldung. Während die Regierungsräte 94 % ihrer Jahresbesoldung brutto versichern können, berechnen sich die Beiträge der Stadträte auf die volle Jahresbruttobesoldung. Die Ermittlung der versicherten Besoldung der Regierungsräte basiert auf der obersten heutigen Besoldungsklasse und Stufe gemäss kantonalem Personalrecht. Dazu werden rund 24 % aufgerechnet. Kürzungen der Altersrente von 50 % der letzten versicherten Besoldung sind bei Regierungsräten mit $1\frac{2}{3}$ % der versicherten Besoldung für jedes fehlende Jahr bezogen auf das Rentenalter zu veranschlagen. Bei Regierungsräten mit Eintrittsalter unter 53 in ihr Amt liegt das Rentenalter bei 60 Jahren. Tritt ein Regierungsrat sein Amt später an, liegt es bei 65 Jahren. Bei einem freiwilligen Rücktritt mit 55 Jahren macht dies bei Regierungsräten einen Abzug von rund 8,3 % der versicherten Besoldung, bezogen auf den vollen Rentenanspruch von 50 %. Konkret umgesetzt auf die heute in Kraft befindlichen Besoldungsansätze für Regierungsräte würde daraus eine Jahresrente von rund 93'000 Franken resultieren.

Bei den Stadträten werden für jedes Jahr unter 60 5 % der Altersrente bezogen auf 50 % der letzten Jahresbruttobesoldung gekürzt. Dies macht bei einem geschätzten vollen Rentenanspruch von rund 110'000 Franken für den vollamtlichen Stadtrat mit mehr als 12 Amtsjahren eine Kürzung auf 82'500 Franken für das Alter 55 bei freiwilligem Rücktritt. Bei Nichtwiederwahl besteht die volle Rentenberechtigung.

Bei Invalidenrenten fahren Stadträte nach ihrer heutigen Regelung mit 50 % der letzten Jahresbruttobesoldung ungeachtet der Amtsjahre gegenüber den Regierungsräten mit der versicherungsmathematisch berechneten Altersrente als Invalidenrente eher besser. Der Hauptnachteil für die Stadträte besteht jedoch darin, dass die Kapitalbildung nicht gegeben ist, und damit die gesetzlichen Voraussetzungen für die BVG-Konformität fehlen. Bezüglich Freizügigkeit und die Anwendung der Vorschriften des Freizügigkeitsgesetzes sowie die Verwendung der Vorsorgebeiträge zur Bildung von selbst genutztem Wohneigentum ist klar von einer Benachteiligung der Stadträte gegenüber den Regierungsräten auszugehen.

Der Stadtrat empfiehlt dem Grossen Stadtrat, die Motion Dr. Gertrud Walch für erheblich zu erklären und den Stadtrat zu beauftragen, die Revisionsvorlage in Kenntnis der Pensenentscheide von Grosse Stadtrat und Stimmvolk auszuarbeiten."

Theresia Derksen (CVP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Die Motionärin regt an, die für den Stadtrat geltende Ruhegehaltsverordnung den eidgenössischen bzw. kantonalen Normen anzupassen. Vordringlich ist eine solche Anpassung zwar nicht, genügt doch die heutige Regelung dem vom BVG verlangten Versicherungsobligatorium. Und dass die Versicherungsbedingungen bzw. -leistungen der heutigen Ruhegehaltsverordnung nicht gleich sind wie diejenigen, welche das kantonale Dekret für die Regierungsräte vorsieht, ist kein gravierender Mangel.

Nachdem aber davon ausgegangen werden kann, dass in Zukunft neu gewählte Stadträtinnen und Stadträte über einen dem BVG und dem Freizügigkeitsgesetz konformen "Vorsorgerucksack" verfügen und vielleicht sogar noch ihr selbst

genutztes Wohneigentum mit Vorsorgegeldern finanziert haben, erscheint eine Revision der Ruhegehaltsverordnung als sinnvoll.

Bei einer allfälligen Revision werden die Übergangsbestimmungen von zentraler Bedeutung sein. Die gegenwärtigen Exekutivmitglieder werden nämlich kaum in den Genuss einer Neuregelung auf Kapitalbasis kommen können, sollen die Kosten im Zusammenhang mit der Systemänderung für die Stadt in einem vertretbaren Rahmen bleiben. Der Stadtrat ist sich dieser Problematik bewusst, weshalb einer Erheblicherklärung der Motion aus Sicht der FDP/CVP Fraktion nichts entgegen steht."

Urs Tanner (SP) Fraktionserklärung

"Die SP Fraktion akzeptiert die Herrschaft eidg. und kantonalen Rechts. Die Beantwortung von Stadtpräsident Marcel Wenger hat mich sehr verblüfft, weil es keine Antwort, sondern Bericht und Antrag war. Es braucht nicht einmal mehr eine Terminierung hier drin. Wir werden der Motion so zustimmen und danken für die ausführliche Stellungnahme."

Gertrud Walch (SVP) Schlusswort der Motionärin

"Besten Dank für die positive Aufnahme dieser Motion bei allen Fraktionssprechern. Ich danke dem Stadtpräsidenten auch für den ausgezeichneten geschichtlichen Hintergrund."

Die Motionärin richtet an dieser Stelle noch eine Frage an den Stadtpräsidenten:

"Sind Sie der Ansicht, dass von den bisherigen Stadträten Urs Hunziker und Thomas Feurer als Jüngere die Bundesvorschriften erfüllen werden? Verstehe ich das recht, dass die bisherigen älteren Stadträte, die schon länger Amtierenden, die Bundesvorschriften demnach nicht erfüllen werden? Die Bundesvorschriften und das Bundesrecht gelten aber doch für alle. Soll dies als **Übergangsregelung** so gelten? Dann müsste man es als solches klar bezeichnen. Darauf hätte ich noch gerne eine Antwort.

Die Modalitäten werden dann ja bei einer Überweisung dieser Motion noch vom Stadtrat in einer Vorlage festgehalten und in einer Kommission besprochen werden. Ich denke, wir müssen uns deshalb in der heutigen Diskussion nicht allzu sehr ins Detail einlassen. Besten Dank im Voraus für die Antwort des Stadtpräsidenten.

Ich bitte Sie, dieser vorsorglichen Massnahme und der Erfüllung der gesetzlichen Bundesvorschriften Ihre Unterstützung zu geben. Besten Dank dafür."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Bevor Sie abstimmen, möchte ich die Frage von Gertrud Walch noch beantworten. Es ist klar, dies wurde auch bereits von Theresia Derksen gesagt, es ist wirklich eine Frage der Übergangsbestimmungen. Da muss ich doch darauf hinweisen, dass es einen Handlungsbedarf gibt. Die Übergangsbestimmungen werden wichtig sein, damit keine Verletzung der wohl erworbenen Rechte der bisherigen Stadtratsmitglieder passiert. Es ist klar, dass sich eine Verbesserung der Situation der bisherigen, langjährigen Amtsinhaber nicht abzeichnen wird. Da mache ich mir keine Illusionen. Wir werden versuchen, unseren Status hinüber zu retten.

Der SR möchte bei den Bisherigen ganz klar auf die Besitzstandswahrung Gewicht legen und den Neueintretenden Gelegenheit für das BVG geben. Wir wollen bei den Übergangsbestimmungen dann auch vorsehen, dass ein Bisheriger, der vielleicht unerwartet zu Kapital kommt, sich noch einer BVG-Lösung unterstellen kann, wenn er das innerhalb einer gewissen Frist erklärt. Wenn man in die heutige Ruhegehaltsverordnung hineinschaut und die Übergangsregelung anschaut, dann gibt es eine Beibehalterklärung, die man innert einer bestimmten Frist abgeben konnte - seinerzeit 1979. Nun ist es natürlich klar, dass die Halbämterregelung damals schon beschlossen war und deswegen verschiedene Zwänge schon da waren. Die Halbämterregelung wurde 1977 beschlossen und aufgrund dieses Beschlusses hat man 1979 diese Revision der Ruhegehaltsverordnung vorgenommen. Die Übergangsregelung ist ein Punkt, den wir in der Problemanalyse für den Bericht und Antrag an den GrSR sehr sorgfältig anschauen müssen."

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat **überweist die Motion mit 40 : 0 Stimmen** mit folgendem, unveränderten Wortlaut:

"Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu stellen zu einer entsprechenden Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung."

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle bricht der **Ratspräsident** die Beratung der heutigen Traktandenliste ab, nachdem der Rat auf Antrag von Verena Stutz (SP), unterstützt von Esther Bänziger (SP) mit 35 : 0 Stimmen so entschieden hat.

Mitteilungen

Der Ratspräsident gibt noch folgendes Rücktrittsschreiben von Bernhard Egli (OeBS), datiert vom 13. Dezember 2002 als Mitglied des Steuerausschusses WoV bekannt:

"Anfangs dieser Legislatur wurde ich ein zweites Mal in die ständige Kommission ‚WoV Begleitausschuss‘ als Vertreter des Grossen Stadtrates gewählt. Letztes Jahr konnte ich als Präsident der Spezialkommission ‚Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen, Grundsatzentscheid‘ mithelfen, dem Geschäft zu einer überzeugenden Annahme durch den Grossen Stadtrat zu verhelfen.

Damit ist der geeignete Zeitpunkt gekommen, einer frischen Kraft Platz zu machen, welche sich im Begleitausschuss WoV mit der Umsetzung der Gesamteinführung zu befassen hat. Zudem bin ich seit letztem Jahr im WoV-Ausschuss des Grossen Rates.

Aus diesen Gründen trete ich aus der WoV-Kommission zurück und möchte Sie bitten, an einer der nächsten Sitzungen des Grossen Stadtrates die notwendige Ersatzwahl zu traktandieren. Die Fraktionen des Grossen Stadtrates habe ich noch Ende 2002 von meinen Rücktrittsabsichten in Kenntnis gesetzt.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Sie darüber zu informieren, dass die OeBS/EVP/GB Fraktion Grossstadträtin Lotti Winzeler als Nachfolgerin in den WoV-Begleitausschuss vorschlägt."

Der **Ratspräsident** gibt abschliessend noch bekannt, dass die Ersatzwahl am 18. Februar 2003 vorgenommen wird und schliesst hierauf die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 18. Februar 2003